

Analytischer Bericht
der Gemeinderatssitzungen
Compte rendu analytique
des séances du conseil communal

No 3/2026

Sitzung vom / Séance du 01.06.2026





VILLE DE
LUXEMBOURG

COMPOSITION DU CONSEIL COMMUNAL



Maurice Bauer
(CSV)



Lydie Polfer
(DP)



Simone Beissel
(DP)



Laurent Mosar
(CSV)



Corinne Cahen
(DP)



Patrick Goldschmidt
(DP)



Paul Galles
(CSV)



**Pascale Krombach-
Arend** (DP)



Anne Kaiffer
(DP)



Claude Radoux
(DP)



Colette Mart
(DP)



Sylvia Camarda
(DP)



Robert L. Philippart
(DP)



Angélique Bartolini
(CSV)



Bob Biver
(CSV)



Emilie Costantini
(CSV)



David Wagner
(déi Lénk)



Fabricio Costa
(Déi Gréng)



Nicolas Back
(Déi Gréng)



Christa Brömmel
(Déi Gréng)



François Benoy
(Déi Gréng)



Liudumila Branca
(Déi Gréng)



Maxime Miltgen
(LSAP)



Gabriel Boisante
(LSAP)



**Antonia Afonso
Bagine** (LSAP)



Marie-Marthe Muller
(LSAP)



Tom Weidig
(ADR)

TAGESORDNUNG

der Sitzung vom Montag, dem 1. Juni 2026

IN NICHTÖFFENTLICHER SITZUNG

I	Schulpersonal – Ernennungen (Liste 1)	231
II	Beratende Kommissionen – Ersetzung von Mitgliedern	231
III	Stiftung J.-P. Pescatore – Personalangelegenheiten	231
IV	Kommunaler Pakt für interkulturelles Zusammenleben – Ernennung von Mitgliedern des Begleitkomitees	231

IN ÖFFENTLICHER SITZUNG

V	Fragen der Gemeinderäte	231
	1) Frage von Rat Costa über die Neugestaltung der Rue de Stavelot und der Rue des Tanneurs	231
	2) Dringliche Frage von Rätin Mart über Genitalverstümmelung	232
	3) Dringliche Frage von Rätin Muller über rumänische Polizisten in Luxemburg-Stadt	233
	4) Frage von Rat Wagner über eine Werbeanzeige der Arbeitnehmerkammer in der Zeitschrift <i>City</i> und an den Bushaltestellen	233
	5) Frage von Rat Benoy über Werbung in der Zeitschrift <i>City</i> und an den Bushaltestellen	233
VI	Vorstellung der Schulorganisation 2026/2027	234
VII	Verkehr	239
VIII	Konventionen	240

IX	Urbanismus	243
	1) Denkmalschutz für mehrere Gebäude und Elemente auf dem Campus Limpertsberg der Universität Luxemburg (Gutachten)	243
	2) Neuordnung von Bauland	245
X	Änderung der Statuten des SEBES	245
XI	Außerordentliche Subsidien	245
XII	Stiftung J.-P. Pescatore – Migration eines Postens (Gutachten)	246
XIII	Gerichtsangelegenheiten	246

Zum Livestream-Archiv
der Sitzungen des
Gemeinderates:



Bürgermeisterin Lydie Polfer leitet die Sitzung. Der Namensaufruf ergibt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates.

In nichtöffentlicher Sitzung

I SCHULPERSONAL – ERNENNUNGEN (LISTE 1)

II BERATENDE KOMMISSIONEN – ERSETZUNG VON MITGLIEDERN

III STIFTUNG J.-P. PESCATORE – PERSONALANGELEGENHEITEN

IV KOMMUNALER PAKT FÜR INTERKULTURELLES ZUSAMMENLEBEN – ERNENNUNG VON MITGLIEDERN DES BEGLEITKOMITEES

In öffentlicher Sitzung

V FRAGEN DER GEMEINDERÄTE

1) Frage von Rat Costa über die Neugestaltung der Rue de Stavelot und der Rue des Tanneurs

Rat Fabricio COSTA (déi gréng): Auf der Website der Stadt Luxemburg ist nachzulesen, dass die Stadt „aufgrund der veralteten Leitungen und Netze ein Sanierungsprojekt für die Rue de Stavelot im Stadtviertel Weimerskirch und die Rue des Tanneurs im Stadtviertel Pfaffenthal“ plane. Am 1. Oktober 2025 habe im Kulturzentrum „Am Duerf“ in Weimerskirch eine Informationsveranstaltung stattgefunden.

Das Projekt sieht vor, den nationalen Radweg, der derzeit durch den Parc Laval verläuft, in die Rue de Stavelot zu verlegen, da die derzeitige Situation im Bereich des Parks zu zahlreichen Konflikten zwischen Radfahrern und Fußgängern führt. Dank der Einrichtung von Pollern können die Radfahrer sicher durch die Rue de Stavelot fahren. Im Bereich der Rue des Tanneurs, auf der Seite von Weimerskirch, sieht das Projekt die Verbreiterung des Parc Laval sowie Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung vor.

In einem Schreiben vom 1. November 2025 hat der lokale Interessenverein Pfaffenthal-Siechenhof (SILPS) mehrere Anmerkungen und Empfehlungen zu dem von der Stadt Luxemburg vorgeschlagenen Umgestaltungsprojekt formuliert. Meinen Informationen zufolge hat der Verein noch keine Antwort auf dieses Schreiben erhalten. Der SILPS hat insbesondere vorgeschlagen, in der Rue de Stavelot eine weniger steile Steigung für Radfahrer zu schaffen (die derzeitige Steigung überschreitet die vom Ministerium für Mobilität empfohlene Grenze von 6 %), Informationsschilder zur Geschichte des Ortes aufzustellen und die Grünfläche gegenüber der Kapelle von Siechenhof zu einem einladenden Bereich mit Blick auf die Alzette, insbesondere mit Bänken, umzugestalten. Der Vorschlag des SILPS sieht eine Umgestaltung der Parkplätze auf der Seite von Pfaffenthal vor, sodass diese als Trennung zwischen der Rue des Tanneurs und der Rue de Stavelot dienen.

In der Verlängerung des nationalen Radwegs in Richtung Dommeldingen mündet dieser in die Rue Raspert. Im Rahmen einer Frage, den François Benoy am 28. Februar 2022 im

Gemeinderat eingereicht hatte, wurde vorgeschlagen, diese Straße in eine Fahrradstraße („rue cyclable“) mit Modalfilter umzuwandeln, da sie eine wichtige Nord-Süd-Verbindung darstellt und die erforderlichen Kriterien für eine solche Straße perfekt erfüllt.

- Kann der Schöffenrat nähere Informationen zu den Rückmeldungen der Einwohnerinnen und Einwohner bei der Informationsveranstaltung am 1. Oktober 2025 geben? Inwieweit wurden etwaige Anmerkungen oder Vorschläge in das Sanierungsprojekt für die Rue de Stavelot und die Rue des Tanneurs aufgenommen?
- Beabsichtigt der Schöffenrat, den Empfehlungen und Vorschlägen des lokalen Interessenvereins Folge zu leisten? Falls ja, welche Änderungen am Umgestaltungsprojekt sind vorgesehen, insbesondere hinsichtlich der Steigung für Radfahrer in der Rue de Stavelot?
- Wie hoch sind die voraussichtlichen Gesamtkosten für die Umgestaltungsarbeiten?
- Wann sollen die Arbeiten beginnen und wann sollen sie abgeschlossen sein?
- Wie steht der Schöffenrat derzeit zu dem Vorschlag, die Rue Raspert in eine Fahrradstraße umzuwandeln, und in welchem Zeitrahmen könnte eine mögliche Umsetzung ins Auge gefasst werden?

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Die in der Rue Stavelot geplanten Bauarbeiten betreffen vor allem die Erneuerung der unterirdischen Infrastruktur, doch die Gelegenheit wird genutzt, um auch Änderungen an der Oberfläche vorzunehmen. Bei der öffentlichen Versammlung im Oktober 2025 haben die Anwohner dieses Projekt begrüßt, insbesondere weil es in Zukunft keinen Durchgangsverkehr in der Rue Stavelot mehr geben wird.

Wir waren uns der erwähnten Steigung stets bewusst, doch ist diese nicht steiler als die auf dem Radweg in Weimershof. Dank der Elektromobilität dürfte dies zudem kein großes Hindernis darstellen.

Die kommunalen Dienststellen haben die Vorschläge und Anmerkungen der Anwohner, die bei der öffentlichen Sitzung im Oktober 2025 vorgebracht wurden, berücksichtigt. Der lokale Interessenverein Pfaffenthal-Siechenhof (SILPS) hat im Dezember 2025 ein Schreiben zu diesem Thema an die Stadt gerichtet. Wir werden prüfen, ob die Antworten bereits an den SILPS weitergeleitet wurden.

Der Vorschlag, die Abfallcontainer zu entfernen, wurde vom *Service Hygiène* geprüft, jedoch verworfen, insbesondere da der Einbau von unterirdischen Containern aufgrund der Überschwemmungsgefahr nicht möglich ist.

Der *Service Voirie* hat ebenfalls die vorgeschlagene Schaffung einer erhöhten Plattform entlang des Friedhofs geprüft. Die Realisierung einer solchen Plattform, die den Zweck hätte, das Gefälle zu verringern, würde den Bau einer zusätzlichen Stützmauer zur Stabilisierung der neuen Rampe erfordern. Die Errichtung einer Rampe dieser Größenordnung wäre jedoch nicht möglich. Da es sich bei dem betreffenden Radweg um eine nationale, in beide Richtungen befahrbare Infrastruktur handelt, ist eine Mindestbreite von 3 Metern erforderlich. Bei einer geringeren Breite wäre die Zufahrt für Einsatzdienste, die CFL und die Instandhaltungsdienste (*Service Parcs*, *Service Hygiène* und *Service Voirie*) nicht mehr gewährleistet.

Am Eingang des Parks werden Absperrungen installiert, um die Radfahrer davon abzuhalten, den Park zu durchqueren. Die Strecke über die Rue Stavelot wird für Radfahrer die schnellste sein.

Der Vorschlag zur Aufstellung von Informationstafeln über die Geschichte des Viertels wird von unserer Kulturkoordination geprüft werden.

Was die Rue Raspert betrifft, so ist der Durchgangsverkehr in Richtung Route d'Echternach seit der Entfernung des Bahnübergangs in Dommeldingen verschwunden. Nach Abschluss der Arbeiten wird die Stadt mit den Bürgern Gespräche führen, um die beste Lösung für alle Verkehrsteilnehmer zu finden.

2) Dringliche Frage von Rätin Mart über Genitalverstümmelung

Rätin Colette MART (DP): Vor einigen Wochen haben wir in der Zeitung gelesen, dass UNICEF neue Zahlen zur Genitalverstümmelung veröffentlicht hat - eine Praxis, die eine schwerwiegende Verletzung der Frauenrechte darstellt. Nach Schätzungen von UNICEF, die auf der Zahl der in Luxemburg lebenden Personen aus Ländern basieren, in denen die Genitalverstümmelung praktiziert wird (auf der Grundlage einer Berechnung, die den Anteil der betroffenen Frauen in den betreffenden Ländern berücksichtigt), könnten in Luxemburg etwa 2.238 Frauen Opfer von Genitalverstümmelung sein, und etwa 1.000 Mädchen und Frauen könnten davon bedroht sein.

Dieses wichtige Thema interessierte mich bereits, als ich noch Journalistin war. Als ich 2011 Schöffin wurde, wurde ich über zwei Fälle dieser Art informiert, und wir haben diese ordnungsgemäß weitergeleitet. Damals haben wir gemeinsam mit UNICEF Initiativen gestartet und Faltblätter an unser Lehr- und Erziehungspersonal verteilt.

Unser schulmedizinischer Dienst steht in Kontakt mit zahlreichen Kindern, die aus Ländern stammen, in denen diese Praxis leider existiert. Ich hätte gerne folgende Informationen:

- ob unser schulmedizinischer Dienst Mädchen identifiziert hat, die beschnitten wurden oder von einer Beschneidung bedroht sind;
- ob die Eltern der betroffenen Mädchen sensibilisiert und über die luxemburgischen Gesetze informiert wurden;
- ob die Opfer medizinisch oder psychologisch betreut werden;
- ob Mädchen, die nach Afrika in den Urlaub fahren und dort möglicherweise einer Genitalverstümmelung ausgesetzt sind, besonders aufmerksam beobachtet werden;
- ob unser Dienst in einem Netzwerk mit Krankenhäusern und Vereinigungen steht, die sich mit Kindesmisshandlung in diesem Zusammenhang befassen;
- ob Sensibilisierungsmaßnahmen für Lehrkräfte und Erzieher durchgeführt werden, damit diese wachsam gegenüber den Gefahren bleiben, denen Mädchen aus den betreffenden Ländern ausgesetzt sind.

Schöffe Paul GALLES: Es handelt sich in der Tat um ein sehr wichtiges Thema, und die Frage von Rätin Mart ist absolut berechtigt, denn nach Schätzungen von UNICEF könnte eine beträchtliche Anzahl von in Luxemburg lebenden Frauen davon betroffen sein - auch wenn es sich hierbei um eine Hochrechnung handelt und die Zahlen daher genauer untersucht werden müssten.

Wir haben das Glück, über einen ausgezeichneten medizinisch-sozialen Dienst zu verfügen, der von einer bemerkenswerten Abteilungsleiterin geleitet wird. Dieser Dienst stellt sicher,

dass alle Kinder untersucht werden, und ist sehr reaktions-schnell. Er hilft den Kindern, berät die Eltern und leitet bei Bedarf die erforderlichen Verfahren ein.

Die Abteilungsleiterin, Frau Fandel, hat mir mitgeteilt, dass in den vergangenen zehn Jahren bei den untersuchten Kindern - die Schülerschaft der öffentlichen Grundschulen der Stadt setzt sich aus Kindern im Alter von 4 bis 13 Jahren zusammen - kein einziger Fall von Genitalverstümmelung festgestellt wurde.

Die schulärztlichen Untersuchungen, die standardisiert und regelmäßig durchgeführt werden, umfassen insbesondere eine klinische Untersuchung, die es gegebenenfalls ermöglicht, eine Genitalverstümmelung festzustellen. Jedes Kind, das neu nach Luxemburg kommt, wird innerhalb von drei Monaten einer schulärztlichen Untersuchung unterzogen. Diese Konsultationen, die in Anwesenheit der Eltern stattfinden, dienen auch der Aufklärung und Sensibilisierung hinsichtlich der Grundrechte des Kindes.

Im Falle einer Feststellung einer Genitalverstümmelung würde eine sofortige Betreuung gewährleistet, mit Weiterleitung an die Justizbehörden und spezialisierte (medizinische und psychologische) Betreuungseinrichtungen.

Durch regelmäßige schulmedizinische Untersuchungen kann eine erhöhte Wachsamkeit gewährleistet werden, insbesondere bei Kindern, die potenziell einem Risiko ausgesetzt sind.

Die schulmedizinische Abteilung arbeitet eng mit Akteuren des Gesundheitswesens (Ärzten, Krankenhäusern), der Jugendstaatsanwaltschaft und den genannten Organisationen zusammen, um ein koordiniertes Vorgehen zu gewährleisten.

Unser schulmedizinischer Dienst führt Präventions- und Sensibilisierungsmaßnahmen für Schüler und deren Lehrkräfte durch, und zwar im Rahmen unseres Workshops zur sexuellen und emotionalen Aufklärung, der die rechtlichen, sozialen und ethischen Dimensionen der Sexualität einbezieht.

Die Fortbildung des Personals (Krankenschwestern, Sozialarbeiterinnen) ist gewährleistet. Es fand ein Austausch mit UNICEF Luxemburg über den jüngsten Bericht dieser Organisation statt.

Die Stadt Luxemburg engagiert sich seit 2012 für den Kampf gegen die Genitalverstümmelung bei Frauen. Die Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit und des Personals der Stadt sind Ziele, die im kommunalen Aktionsplan für Chancengleichheit 2023-2027 festgelegt sind, und die Stadt organisiert jährlich mindestens eine öffentliche Aktion in Zusammenarbeit mit externen Akteuren (Padem, Fondation Follereau), wie Ausstellungen zu diesem Thema (z.B. im Bierger-Center im Jahr 2023 und auf der Place de Strasbourg im Jahr 2024), kulturelle Veranstaltungen (z.B. die Konzerte *Expression against Excision* in den Jahren 2013, 2015 und 2017) oder Filmvorführungen mit anschließender Diskussion (z.B. 2018 und 2020). Gelegentlich finden auch öffentliche Veranstaltungen mit Ständen auf der Place d'Armes statt.

Für das Jahr 2026 hat das Büro der Chancengleichheitsbeauftragten der Stadt Luxemburg im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der UNICEF-Studie „Weibliche Genitalverstümmelung in Luxemburg: Schätzung der Prävalenz, Feststellungen und Empfehlungen“ zwei Veranstaltungen vorgesehen:

- ein Austausch mit den Dienststellen für Schulmedizin, Schulfoyers, Kindertagesstätten sowie für Integration und besondere Bedürfnisse, bei dem UNICEF Luxemburg seine Studie zur Prävalenz der Genitalverstümmelung in Luxemburg vorstellt;

- Eine von der Vereinigung GAMS organisierte öffentliche Veranstaltung in Form einer Filmdiskussion fand am 19. Mai 2026 im Cercle-Cité statt. Der Abend begann mit der Vorführung des Dokumentarfilms „Les Puissants“, gefolgt von einer Podiumsdiskussion mit Referentinnen von GAMS Luxemburg und Belgien, in deren Rahmen auch die UNICEF-Studie vorgestellt wurde.

3) Dringliche Frage von Rätin Muller über rumänische Polizisten in Luxemburg-Stadt

Rätin Marie-Marthe MULLER (LSAP): Laut einem Artikel im *Tageblatt* vom 17. April werden ab dem 5. Mai zwei rumänische Polizeibeamte die örtliche Polizei auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg unterstützen, um Personen davon abzuhalten, in organisierten Banden zu betteln, wie der Minister für Innere Angelegenheiten, Léon Gloden, erläutert. Ich bedauere, dass der dringliche Charakter meiner Frage nicht berücksichtigt wurde und diese nicht auf die Tagesordnung der vergangenen Gemeinderatssitzung gesetzt wurde. Es wäre wünschenswert, dass Anfragen zu aktuellen Themen als dringlich eingestuft würden.

Inzwischen zeigen Presseberichte über das letzte „City Breakfast“, bei dem die Patrouillen der örtlichen Polizei in Begleitung von zwei rumänischen Polizeibeamten thematisiert wurden, dass die Sprachenfrage nach wie vor aktuell ist. Den Medienberichten zufolge sind die Bürgermeisterin und der Erste Schöffe offenbar nach wie vor davon überzeugt, dass es sich bei den Personen, die organisiert Betteln, um rumänische Staatsangehörige handelt oder dass diese zumindest Rumänisch sprechen. Was die Sinti und Roma betrifft, sofern diese gemeint sind, lässt sich die ethnolinguistische Frage nicht auf diese vereinfachende, verkürzende, ungerechte und diskriminierende Feststellung reduzieren.

- Seit wann ist dem Schöffenrat bekannt, dass zwei rumänische Polizeibeamte ihre luxemburgischen Kollegen auf dem Stadtgebiet unterstützen?
- Hätten die Mitglieder des Gemeinderats nicht direkt vom Schöffenrat informiert werden können, anstatt dass wir diese Informationen aus der Presse erfahren mussten?
- Stimmt es, dass die Stadt Luxemburg den rumänischen Polizeibeamten eine Unterkunft zur Verfügung gestellt hat? Wenn ja, über wie viele Unterkünfte dieser Art verfügt die Stadt Luxemburg?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Wir hatten diese Frage schon auf der Tagesordnung einer Gemeinderatssitzung, an welcher Rätin Muller leider nicht teilnehmen konnte, vorgesehen. Die Entscheidung, dass rumänische Polizisten ihre luxemburgischen Kollegen auf dem Stadtgebiet bei Patrouillen begleiten, wurde vom zuständigen Minister getroffen, und die Stadt Luxemburg hat diese Entscheidung unterstützt. Eine solche Maßnahme war auch schon unter dem vorangehenden Minister im Gespräch. Sie ist wichtig wegen der bestehenden Sprachbarrieren. Und diese bestehen nicht nur für die Polizei, sondern auch für andere Dienste, die mit den Bettlern sprechen wollen, z.B. für die Mitarbeiter von „A vos côtés“.

Minister Gloden hatte am 5. März mit seinem rumänischen Amtskollegen eine Einigung gefunden. Die Stadt Luxemburg beschloss daraufhin, den rumänischen Polizisten für die Dauer ihres Aufenthalts zwei Zimmer in einem von der Stadt Luxemburg aufgekauften Hotel (in einem besonders betroffenen Stadtviertel) zur Verfügung zu stellen. Den rumänischen Polizisten wird also keine Wohnung, sondern ein Hotelzimmer zur Verfügung gestellt.

Sie begleiten lediglich ihre luxemburgischen Kollegen und unterstützen diese, wenn sich ein sprachliches Problem stellt. Wie sich das im Alltag bewährt, wird sich zeigen, wenn die Polizei eine abschließende Bewertung durchführt. Vielleicht könnte dieses Vorgehen auch für andere Sprachen genutzt werden, denn die Sprachbarriere besteht nicht nur bei Personen einer einzigen Nationalität.

4) Frage von Rat Wagner über eine Werbeanzeige der Arbeitnehmerkammer in der Zeitschrift *City* und an den Bushaltestellen

Rat David WAGNER (déi Lénk): Ich habe gehört, dass der Schöffenrat die Veröffentlichung einer Werbeanzeige der Arbeitnehmerkammer (*Chambre des salariés* - CSL) in der Zeitschrift *City* abgelehnt haben soll. Es handelt sich um eine Anzeige, mit der die CSL für eine Steuerreform wirbt. Nach Angaben von Vertretern der CSL hat der zuständige Verlag erklärt, die Stadt Luxemburg habe die Veröffentlichung dieser Anzeige abgelehnt.

- Kann der Schöffenrat die Behauptungen bestätigen, wonach die Stadt in irgendeiner Weise – sei es über das Redaktionskomitee oder auf andere Weise – beim Herausgeber interveniert habe, um die Veröffentlichung dieser Anzeige zu verhindern?
- Falls ja, kann der Schöffenrat die Gründe für diese Ablehnung darlegen?
- Falls nein, kann der Schöffenrat versichern, dass die Anzeige in Kürze im *City* veröffentlicht wird?

In diesem Zusammenhang haben uns Vertreter der CSL zudem mitgeteilt, dass die Firma JCDecaux der CSL mitgeteilt habe, die Kampagne könne nicht mehr an den Bushaltestellen der Stadt Luxemburg ausgehängt werden, und dass die Plakate nach zwei oder drei Tagen wieder entfernt worden seien. Obwohl JCDecaux unabhängig von der Stadt Luxemburg ist, wirft das zeitliche Zusammentreffen dieser beiden Entscheidungen Fragen auf. Hat die Stadt Luxemburg in irgendeiner Weise bei JCDecaux interveniert, damit diese die Plakate der CSL von den Bushaltestellen entfernt?

(Antwort: siehe folgende Frage)

5) Frage von Rat Benoy über Werbung in der Zeitschrift *City* und an den Bushaltestellen

Rat François BENOY (déi gréng): Meinen Informationen zufolge hat die Stadt Luxemburg (bzw. ihre Subunternehmer) kürzlich eine Anzeige der Arbeitnehmerkammer in der Zeitschrift *City* sowie eine Plakatierung an Bushaltestellen abgelehnt.

- Kann der Schöffenrat dies bestätigen? Wenn ja, welches waren die Gründe?
- Gab es bereits Werbeanzeigen oder Plakate der Berufskammern in der Zeitschrift *City* oder an Bushaltestellen? Falls ja, wurden einige davon abgelehnt, und wenn ja, aus welchen Gründen? Beim Durchblättern der neuesten Ausgabe von *City* findet man neben institutionellen oder kulturellen Akteuren auch Anzeigen von Immobilienagenturen und Versicherungsgesellschaften sowie Veranstaltungen, die außerhalb der Stadt stattfinden. An den Bushaltestellen ist das Spektrum deutlich breiter, und ich erinnere mich auch an bestimmte Werbeanzeigen, die sexistisch waren oder den Klimazielen zuwiderliefen.

- Da es regelmäßig Unklarheiten hinsichtlich der auf den Medien der Stadt Luxemburg geschalteten Anzeigen gibt, möchte ich den Schöffenrat fragen, ob es diesbezüglich konkrete Kriterien gibt? Falls nicht, beabsichtigt der Stadtrat, solche Kriterien festzulegen? Falls ja, welche?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Im Lastenheft bezüglich der Zeitschrift *City* heißt es, die beauftragte Agentur müsse darauf achten, dass die Auswahl der Anzeigenkunden im Einklang mit den redaktionellen Leitlinien der Zeitschrift und den Werten der Stadt Luxemburg steht. Werbeanzeigen mit politischer Ausrichtung und politischem Inhalt, einschließlich jeglicher Form von Werbung im Rahmen politischer und gesellschaftlicher Wahlen, sind gemäß dem Lastenheft untersagt.

Auch für die Anzeigen bei JCDecaux gibt es klare Kriterien. Im Lastenheft heißt es, die Werbung dürfe keinen politischen oder konfessionellen Charakter haben und nicht gegen die guten Sitten verstoßen.

In beiden Fällen sind die Kriterien also klar und deutlich – und im Fall der Werbung bei JCDecaux hatte die Partei von Rat Benoy sogar dazu beigetragen, die Kriterien auszuarbeiten.

Es kann sein, dass in der Vergangenheit einmal eine Anzeige, die diesen Kriterien nicht entsprach, mit durchgerutscht ist.

Rat François BENOY (déi gréng): Hat die Stadt bereits Werbeanzeigen anderer Berufskammern veröffentlicht? Worauf es mir ankommt, ist, dass alle Berufskammern gleich behandelt werden.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Unter einem vorangehenden Schöffensratsmandat hatten wir einmal eine Anfrage für konfessionell ausgerichtete Werbeanzeigen auf der Grundlage der erwähnten Kriterien abgelehnt. Ich werde mich erkundigen, ob bereits einmal eine Werbeanzeige einer Berufskammer abgelehnt wurde.

VI VORSTELLUNG DER SCHULORGANISATION 2026/2027

Schöffe Paul GALLES: Es ist mir eine große Ehre und Freude, dem Gemeinderat die provisorische Schulorganisation 2026/2027 vorzustellen. Dem Gemeinderat liegen die verschiedenen Dokumente vor. Einer Abstimmung über die Schulorganisation geht viel Arbeit voraus. Zusammen mit der Regionaldirektion und den Präsidentinnen und Präsidenten der Schulen hat unser Schuldienst jeden einzelnen Vorschlag, der von den Schulressorts zusammen mit den Komitees, d.h. dem Lehrpersonal, den Eltern und den anderen Akteuren eingebracht wurde, geprüft. Die Schulkommission hat die Vorschläge analysiert und ein Gutachten abgegeben. Da der Schuldienst bereits eine hervorragende Vorarbeit leistet, hat die Schulkommission relativ leichtes Spiel. Wir haben Vertrauen in die Arbeit der Schulkommission. Dieses Jahr stand jedoch ein Votum über die Schule in Clausen an. Erklärungen dazu später.

Im Namen des Schöffensrates möchte ich vorweg allen Akteuren herzlich danken. Wir alle tragen eine große Verantwortung für unsere Kinder, eine Verantwortung, die wir sehr ernst nehmen und die wir gerne annehmen.

Ganz besonders möchte ich mich bei Frau Rosario Estanqueiro bedanken, die im Laufe des vergangenen Jahres von Honoré Gregorius in ihre Funktionen eingeführt wurde, um dann am 1. Februar 2026 offiziell die Stelle des Leiters des Schuldienstes anzutreten. Sie alle wissen, wie gerne ich mit Honoré zusammengearbeitet habe. Ich kann Ihnen versichern, dass Rosa die

Aufgabe mit einem faszinierenden Engagement übernommen hat und es sehr viel Freude macht, mit ihr zusammen zu arbeiten. Ich würde Rosa bitten, unser Dankeschön für die von der Dienststelle geleistete Arbeit an die Mitarbeiter weiterzuleiten. Ich nutze die Gelegenheit, um mich erneut bei Honoré Gregorius für die geleistete Arbeit zu bedanken und dafür, dass er Rosa so gut beim Hineinwachsen in ihre neue Arbeit begleitet hat.

Auch in diesem Jahr konnte ich nicht widerstehen, meine Gedanken systematisch zu ordnen.

In Mittelpunkt dieses Systems steht das Wohl unserer Kinder und ausgehend davon das Wohl aller, die im Interesse der Kinder und mit unseren Kindern arbeiten. Daher will ich zuerst einen Gedanken über das Lebensumfeld der Kinder teilen.

Im Zusammenhang mit der internen Organisation des Systems ist es mir wichtig, dass wir uns als *Enfance* - Schuldienst, Schulfoyers, Kinderkrippen, schulmedizinische Dienststelle - engmaschig abstimmen. Ich möchte mich herzlich bei allen für die geleistete Arbeit bedanken. Die Zusammenarbeit ist sehr gut. Wir ergänzen uns und überall ist eine große Dynamik zu spüren. Als Beispiel seien die qualitativ sehr hochwertigen Konferenzen und Fortbildungen angeführt, welche die Dienststelle CAPEL jedes Jahr zum Thema Spielpädagogik organisiert. Sie haben meine Herangehensweise und mein Denken nachhaltig geprägt, insbesondere, wenn es darum geht, Kindern jenen Spielraum zu ermöglichen, den sie benötigen, um sich zu entwickeln, zu bilden. Häufig sind es wir Erwachsenen, die dabei noch am meisten hinzulernen können.

In allen vier Bereichen - und auch im Jugendbereich - ist es mir wichtig, dass regelmäßige Treffen mit den Dienstleitern sowie mit allen Mitarbeitern dieser Dienststellen stattfinden, dass ich vor Ort im Kontakt mit unseren Häusern und unserem Personal stehe, um ihnen zuzuhören und auf ihre Anliegen einzugehen. Hier möchte ich auch Frau Bürgermeisterin dafür danken, dass wir diese Momente teilen.

Ich hege noch immer den Traum, dass wir eines Tages einen Aktivitätsbericht „*Enfance*“ haben werden. Im diesjährigen Aktivitätsbericht ist erneut ein kleiner Beitrag der Dienststellen Schulfoyers und Kinderkrippen zu finden. Der Beitrag der schulmedizinischen Dienststelle ist traditionell Teil des Aktivitätsberichtes. Es gibt demnach den Ansatz eines Berichtes „*Enfance*“. Wir haben überlegt, wie man dies noch besser angehen kann. Ich habe vorgeschlagen, dass die Dienststellen Schulfoyers, Kinderkrippen und schulmedizinische Dienststelle Ende des Jahres, wenn die Jahresberichte erstellt sind, diese in der „Commission Enfance et Jeunesse“ vorstellen.

Der nächste Aktivitätsbericht wird kommenden Jahr inhaltlich ähnlich gehalten - die vier Dienststellen des Bereiches *Enfance* sind darin vertreten -, auch wenn wir ihn etwas anders strukturieren wollen. Zusätzlich wollen wir jedes Jahr ein transversales Thema beleuchten, das den ganzen Bereich *Enfance* abdeckt. Im Anschluss an den Austausch mit den Leitern der Dienststellen habe ich die Entscheidung getroffen, im Vorwort des diesjährigen Berichts ein besonderes Augenmerk auf die Räumlichkeiten und Handlungsspielräume in Bezug auf die Entwicklung der Kinder und auf das Miteinander von formaler und nicht formaler Bildung zu legen.

In unser aller Namen erlaube ich mir einen besonderen Dank an die Regionaldirektion und hier besonders an Frau Welbes zu richten sowie auch an die Versammlung der Schulpräsidenten und an das „Comité de cogestion“ für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Diese enge Zusammenarbeit ist wichtig, geht es doch um ein- und dieselben Kinder.

Ich habe den Eindruck, dass das Lebensumfeld der Kinder momentan nicht einfach ist. Sie werden in eine Welt voller Beschleunigung hineingeworfen, in welcher vieles, weil es

schnell gehen muss, vor allem „vollzogen“, nicht aber gelebt und erlebt wird. Ich bin ein großer Fan des deutschen Philosophen Hartmut Rosa und seinem Resonanz-Konzept. Hartmut Rosa sagt, dass, damit wir zutiefst Mensch sein können, wir Resonanzräume brauchen, die etwas in uns zum Klingen bringen, Resonanzen auslösen. In einer Gesellschaft, in der die kleinsten Vorgänge in Prozeduren eingepackt sind und die Sorge nach Sicherheit groß ist, geht Resonanz allzu schnell verloren. Sicherlich ist es richtig, dass wir gerade bei Kindern besonders gut aufpassen müssen, damit sie nicht nachhaltig verletzt werden, zugleich gilt es aber auch zu beachten, dass sie ihre Welt anders als wir Erwachsenen wahrnehmen. Ihre Welt ist, wie der Philosoph Markus Gabriel in seinem bekannten Buch „Liebe Kinder“ (einem Brief gerichtet an die Kinder) schreibt, noch ein Ganzes. Ihrer Welt haftet noch etwas Zaubenhaftes, Spielerisches an, etwas, das wir uns unbedingt wieder bei den Kindern anschauen müssen. In uns allen sind noch Teile des inneren Kindes lebendig, was denn auch erklärt, warum wir alle derart hellhörig sind, wenn es um das Wohl unserer Kinder geht. Kinder sind nicht einfach kleine Erwachsene. Nein, sie sind in ihrer eigenen, ganz legitimen Wahrnehmung. Sie sind vollwertige Menschen in einem jungen Moment ihres Lebensweges. Sie sind es wert, dass wir sie ernst nehmen, ihnen Gehör schenken und sie nicht mit vielen prozeduralen Konzepten überhäufen. Der Philosoph Hartmut Rosa sagt, dass wir Kindern – und uns Allen – Spielräume als Handlungsraum geben sollen.

Ich gebe mir bewusst einen Augenblick Zeit für diesen etwas philosophischen Gedanken, weil mir die Kinder, ihre Bindungen, ihre Orientierungspersonen am Herzen liegen. Es braucht einen sicheren Hafen des Vertrauens in einen Menschen, der es erlaubt, dass ein Kind, Kind sein darf. Ich sehe auch die Aufgaben, die uns als Gemeinde gestellt werden, und wie viel Gutes und Wichtiges wir dabei leisten können. Ich sehe das Lehrpersonal, die Erzieherinnen und Erzieher, die ihre Kinder lieben und Zeit für sie haben. Ich sehe jene, die den Kindern dabei helfen, zu träumen, zu spielen, das Leben zu entdecken, aber auch dabei helfen, dass sie mit beiden Füßen auf dem Boden stehen, auf sich und auch auf andere Acht geben. Ich sehe die Suche und den Wunsch nach einem anderen Umgang mit den Kindern, und ich sehe, wie viel Gutes wir als Gemeinde immer wieder anstoßen können, wie z.B. mit dem Projekt MEGAre, wo die Kinder ihr Viertel aktiv bespielen, dem PippiLotta-Projekt, dem Projekt NaRaKo, der Abschlussrallye für die Kinder der 4.2-Klassen der Stadt Luxemburg, wo wir ihnen nochmals mit auf den Weg geben können, dass wir sie lieben, und anderes mehr. Kürzlich waren Bürgermeisterin Polfer, Schöffe Bauer und ich vor Ort, als im Schulfoyer Verger das wunderbare Projekt „Antigaspi“ im Beisein von Ministerin Martine Hansen vorgestellt wurde. Es ist einfach schön zu sehen, wie froh und stolz die Kinder sind, wenn sie Dinge selbst in die Hand nehmen und Erreichtes zeigen können, zu sehen, wie sehr sie sich darüber freuen als Person gesehen zu werden. Wir alle können unglaublich viel Gutes leisten, weshalb ich denn auch sehr stolz auf die geleistete Arbeit bin.

Meine Präsentation der Schulorganisation möchte ich wie folgt gliedern:

- In einem ersten Schritt werde ich auf die Schulorganisation im eigentlichen Sinne des Wortes eingehen, Zahlen anführen.
- In einem zweiten Schritt werde ich auf unsere Infrastrukturen und Gebäude eingehen, mit den Schwerpunkten „Mehrjahresplan Schulgebäude und Schulhöfe“ und den sich daraus derzeit ergebenden Prioritäten, sowie auf die Erkenntnisse, die sich aus den von der französischen Agentur *Belvédère* durchgeführten Prognoseberechnungen für die verschiedenen Stadtteile ergeben haben. Es handelt sich dabei um einen laufenden Prozess, der sich ständig dynamisch entwickelt.

- Auch möchte ich einen kurzen Blick auf die verschiedenen Aktivitätsberichte werfen, welche Aufschluss über die Angebote für die Kinder in ihrem schulischen Umfeld geben.
- In einem nächsten Punkt werde ich dann auf das Vorkommen der sechs Prioritäten eingehen, die ich vergangenes Jahr definiert habe (innovative Gebäude, gerechtes Schulsystem, Digitalisierung, Partizipation der Kinder, Stressabbau im Schulalltag, alternative pädagogische Modelle), wobei ich im Zusammenhang mit der Priorität eines gerecht aufgestellten Systems zusätzlich auf die Diskussion über Gewalt in der Schule eingehen will, eine Diskussion, die wir Anfang des Jahres geführt haben.

Schulorganisation 2026/2027

Zahlen

Für das Schuljahr 2026/2027 wird von 2.158 Kindern im Schulzyklus 1 und von 3.817 Kindern in den Schulzyklen C2 bis C4 ausgegangen. Wir kratzen demnach knapp an der 6.000-Grenze. Im Schulzyklus 1 werden wir 138 Klassen und in den Schulzyklen C2 bis C4 265 Klassen zählen. Mit 403 Klassen werden wir demnach die 400er-Grenze in unseren 19 Schulressorts überschreiten. Mit 575 Schülern ist die Schule Kiem zahlenmäßig die größte und mit 114 Schülern die Schule in Hamm die kleinste Schule. Die höchste Einschreibungsrate im Vergleich zu anderen Schulmodellen verzeichnen die Schulen Rue Verger und Rue Gellé in Bonneweg (jeweils 77 %). Die niedrigste Einschreibungsrate im genannten Vergleich erreicht die Schule Kiem (35,5 %).

Diejenigen, die an den Sitzungen der Schulkommission teilgenommen haben, wissen, dass wir erneut wunderbar durch die Dokumente der Schulorganisation geführt wurden, wir jedoch ein Votum über die Schule in Clausen vornehmen mussten. Es gab keinen großen Konflikt, aber zwei verschiedene Ansätze. Wir waren mit dem Vorschlag der Schule Clausen befasst, die Verteilung der „Appui“-Stunden mit der Verteilung des Personals zu verknüpfen. Die Regionaldirektion hat zurecht darauf hingewiesen, dass dies dazu führen könnte, dass sich daraus weitaus mehr „Appui“-Stunden für die Schulzyklen 2 bis 4 ergeben könnten als für den Schulzyklus 1. Die „Appui“-Stunden werden von geschultem Personal gehalten. Nach einer ausführlichen Diskussion hat sich die Schulkommission mit zehn Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung für den Vorschlag der Schule Clausen ausgesprochen.

In der Schulkommission wurde auch die leicht andere Berechnung zur Verteilung des Kontingents vorgestellt, die wir im Vorfeld mit der Regionaldirektion, den Schulpräsidenten und dem „Comité de cogestion“ besprochen haben. Der leicht abgeänderte Verteilungsschlüssel soll ein kleiner Schritt in Richtung mehr Gerechtigkeit sein und soll den sozioökonomisch schwächer aufgestellten Schulen einige zusätzliche Stunden gewähren. Die sozioökonomisch stärker aufgestellten Schulen werden diese Stunden abgeben.

Auf Ebene der Regelungen für das Lehrpersonal wurden auf Wunsch der Regionaldirektion, und mit der Zustimmung des Schöffenrates, leichte Ergänzungen dahingehend vorgenommen, dass die „Surveillance“ während der 10 Minuten vor Schulbeginn, in den Pausen und in den 10 Minuten nach Schulschluss gut und präzise organisiert sein sollte.

Infrastrukturen

Mein zweiter Punkt betrifft die Infrastrukturen, sprich die Gebäude, die Schulhöfe und im weitesten Sinne auch die Schulwege und die Sicherheit auf dem Schulweg. In diesem Bereich arbeiten wir sehr eng mit der Architekten-Dienststelle zusammen. Es finden regelmäßig gemeinsame Sitzungen

statt. Auch den Mitarbeitern der genannten Dienststelle sei sehr herzlich gedankt. Den Mehrjahresplan erstellen wir zusammen. Wir haben uns auch dieses Jahr wieder durch alle Projekte „gewühlt“, um zu prüfen, welche Projekte Priorität genießen sollen. In einem übersichtlichen Dokument, das den Gemeinderäten zugestellt wurde, werden die prioritären Projekte (Schulen und Schulfoyers) aufgelistet. In 12 der 19 Schulressorts sind neue Projekte vorgesehen, darunter auch der Bau von neuen Gebäuden im Rahmen der Teilbebauungspläne „Arquebusiers“, „Itzegeknupp“, „Kuebebieng“ und „Laangfur“.

Welches sind die Kriterien bei der Auswahl der zu priorisierenden Projekte? Da gilt es ein paar Faktoren zusammenzudenken. In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf die Priorität der innovativen Gebäude eingehen: Wie bauen und organisieren wir unsere neuen Infrastrukturen?

Unsere Orientierungspunkte für die Infrastrukturen sind:

- 1) Das Wachstum des Stadtteils. Dank der Zusammenarbeit mit der französischen Agentur Belvédère erhalten wir ein Gespür für dieses Wachstum.
- 2) Die Dimensionen, Kapazitäten und auch das Alter der bestehenden Gebäude (z.B. des C1-Gebäudes in Merl) und damit einhergehend die noch zur Verfügung stehenden Grundstücke, um neue Gebäude bauen zu können – siehe Beispiele Kiem und Beggen.
- 3) Die Möglichkeiten der Koexistenz von formaler und non-formaler Bildung, die im Schulzyklus C1 einfacher zu organisieren sein wird als in den Schulzyklen 2 bis 4.
- 4) Die Entwicklung des Projektes Alpha. Entgegen dem, was ich vergangenes Jahr versprochen hatte, will ich das Projekt vor allem im kommenden Jahr zum Schwerpunkt machen, da das Projekt Alpha dann anlaufen wird. Im dritten Trimester des kommenden Schuljahres wird die Orientierung der Kinder des Schulzyklus 1.2. für die französische oder die deutsche Alphabetisierungssprache erfolgen. Ab der Rentrée 2027/2028 wird das Projekt Alpha für den Schulzyklus 2.1. anlaufen.

Die Prognosen der Agentur Belvédère geben Aufschluss darüber, in welchen Stadtteilen wir prioritär handeln müssen. Die Schulen Beggen, Belair-Rue Aloyse Kayser, Bonneweg-Rue Verger, Zessingen, Gasperich, Kiem und Merl werden aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse Priorität genießen. Auch wenn die Daten einer ständigen Entwicklung unterliegen, sie eine Momentaufnahme darstellen, liefern den Dienststellen aus dem *Enfance*-Bereich und unserer Architekten-Dienststelle Orientierungspunkte, geben uns eine Richtung vor.

Um auf das Wachstum der Schülerzahlen zu reagieren, ist der Bau zusätzlicher Gebäude ein wichtiges Instrument. In diesem Zusammenhang ist das neue C1-Gebäude in Beggen zu nennen, wo der Schulcampus nach und nach modernisiert wird.

Im Rahmen des Prozesses „Bildungshaus Gare“ laufen derzeit zwei Etappen parallel. Zum einen wurde das Raumkonzept von Architektenbüros in konkrete Pläne umgesetzt und uns vorge stellt. Zum anderen haben wir zusammen mit dem Schuldienst, dem *Service Foyers scolaires*, der Architekten-Dienststelle und der Regionaldirektion sämtliche Daten in Bezug auf den Bedarf an Räumlichkeiten, ihrer benötigten Dimensionen und Funktionalitäten zusammengetragen. Daraus ergibt sich ein theoretisches Basisprogramm, das den realen Bedürfnissen entspricht und schließlich auf die konkreten Infrastrukturen übertragen werden kann. Dieses Basisprogramm wird zum Ausgangsprogramm für alle neuen Gebäude, die als Bildungshäuser geplant werden.

Im Rahmen des Projektes Alpha stellt sich in diesem Zusammenhang eine besondere Herausforderung: Selbst, wenn

viel Handlungsspielraum bestehen würde, – z.B. weil neue Gebäude zur Verfügung stehen – könnte eine ungünstige Verteilung zwischen den beiden Sprachen, in denen der Alphabetisierungsunterricht stattfindet, dennoch zu einem Mangel an Räumlichkeiten führen. Das Projekt Alpha ist a priori eine Wundertüte. Allerdings sind zwei entscheidende vorbereitende Schritte unternommen worden, die uns dabei helfen werden, uns im kommenden Jahr gut aufzustellen. Die Regionaldirektion führt eine Umfrage in den Schulen durch, um die Anzahl der Kinder auszuloten, welche die eine oder die andere Alphabetisierungssprache wählen könnten. In Zusammenarbeit mit der Regionaldirektion sind wir sämtliche Gebäude durchgegangen und haben deren Kapazitäten mit den möglichen Bedürfnissen des Projektes Alpha abgeglichen. Am meisten Sorgen bereiten uns die Schulen Hamm, Beggen, Rollingergrund, Clausen (für das Gebäude in Pfaffenthal), Bonneweg-Verger, Eich und Cents.

Wir haben das Gespräch mit den einzelnen Schulen gesucht, waren vor Ort und haben uns ein Bild von der Situation gemacht. Dabei war es uns wichtig, zu verstehen, wie die einzelnen Räume im Schulgebäude, aber auch im Schulfoyer genutzt werden. Aufgrund des inklusiven Systems gibt es viele Zusatzfunktionen, für die es zusätzliche Räumlichkeiten braucht: ESEB, „Appui“, „Accueil“, Snoezel-Raum, Räume für die Kompetenzzentren. Ich habe nach wie vor den Traum, dass an dem einen oder anderen Standort Elterncafés entstehen könnten. Ich hatte die Gelegenheit ein solches Elterncafé in der Gemeinde Lorentzweiler besichtigen zu können. Das Elterncafé bietet die Möglichkeit einer Zusammenarbeit vor Ort mit den Eltern, die zum Campus kommen.

Die Ansprüche an die Gebäude sind demnach sehr hoch. Die Räumlichkeiten sollen nicht steril, sondern lebendig und offen gestaltet sein.

In unserer Terminologie beschreibt der Begriff „Bildungshaus“ ein Gebäude, in dem nicht nur formale und non-formale Bildung erfolgen, sondern darüber hinaus Säle gemeinsam genutzt werden. Ein Zusammenleben findet unter einem Dach statt. Funktionalitäten wie z.B. die Bibliothek und das Restaurant werden gemeinsam genutzt, und auch die Arbeit des Personals greift ineinander. Eine gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten findet derzeit bereits in verschiedenen C1-Gebäuden statt, so z.B. im C1-Gebäude der Schule Rue Kauffmann im Viertel Cents. Bisher waren vier C1-Klassen aus Platzgründen im Gebäude Tornaco untergebracht. Dieses Gebäude soll instandgesetzt werden, damit dort andere Klassen untergebracht werden können. Die vier genannten C1-Klassen werden dann im C1-Gebäude untergebracht. Dies bedeutet, dass die Räume dort gemeinsam genutzt werden. Seit einem halben Jahr funktioniert eine Arbeitsgruppe Schuldienst/Schulfoyers, um ein Vademekum zum Thema Koexistenz auszuarbeiten und zu verfeinern. Die Arbeitsgruppe begleitet diesen Prozess für das Viertel Cents. Es hat eine interessante Versammlung mit den Vertretern der Schule und des Schulfoyers Cents stattgefunden. Ein im Rahmen dieser Diskussion eingereicherter Vorschlag wird nun gemeinsam analysiert: Unterricht bis 13.30 Uhr (montags bis freitags). Ab 13.30 Uhr würde das Schulfoyer übernehmen. Damit könnten unnötige Unterbrechungen vermieden und für die Kinder stärkere Kontakte zu mehr konstanten Bezugspersonen erreicht werden. Was die Unterrichtszeiten betrifft, orientiert sich der Vorschlag am Pilotprojekt „Bëschspillschoul“. Ich finde es interessant, welche Dynamik aus einer guten Motivation heraus entstanden ist. Wir werden den Vorschlag gemeinsam prüfen und besprechen.

Ich freue mich sehr über die Dynamik, die rund um das Thema eines neuen Stils der Zusammenarbeit, der Planung und Umsetzung von innovativen Gebäuden entstanden ist. Das Thema Koexistenz ist im Übrigen kein Selbstzweck, sondern ist die institutionelle Form, die auch in unsere PEPs einfließt. Es ist mir wichtig zu unterstreichen, dass unser Schuldienst

und der *Service Foyers scolaires* die PEPs in allen Stadtteilen vorantreiben. Wir wollen verschiedene bereits ausgearbeitete Formeln vorschlagen, welche die Schulen im Rahmen ihres PEP anpassen können: Stadtteilstest, Begrünung des Schulcampus, die Einbindung der Schüler in ein Projekt. In der Schulkommission sind wir die einzelnen PEPs durchgegangen. Der Schuldienst hat uns einen interessanten Überblick gegeben (SWOT-Analyse).

Für die Gestaltung der Schulhöfe haben wir uns ebenfalls ein Programm gegeben. Ziel ist eine graduelle Begrünung der Schulhöfe, zum einen, um die Schulhöfe für die Kinder interessant und lebenswert zu halten, zum anderen, um die Begegnung mit Natur und Umwelt zu ermöglichen. Am Anfang meiner Amtszeit hatte ich eine Versammlung mit Vertretern der sieben Dienststellen einberufen, die mit den Schulhöfen zu tun haben. Zusammen mit der Dienststelle „Maintenance“ wurde festgehalten, dass die Hausmeister als Schlüsselpersonen fungieren sollen, um den Informationsfluss zu gewährleisten und dass ein Vademekum mit Antworten auf mögliche Fragen erstellt wird.

Was den Bereich Naturpädagogik angeht, sehe ich eine Kaschade an Möglichkeiten:

- Der Schulhof ist die erste Möglichkeit, um mit der Natur in Kontakt zu kommen.
- Das Angebot der „Activités Nature“ in Kockelscheuer steht allen Klassen zur Verfügung. Wir wollen dieses Angebot gegebenenfalls durch ein Angebot am Standort „Ferme urbaine“ im Stadtteil Kirchberg ergänzen. In absehbarer Zeit werden die Schulfoyers das Angebot des Mombel-Klein-Hofes in Roudenburg (Entdeckung von Hof, Natur und Landleben) wahrnehmen können. Der Bauernhof ist bekanntlich eine Schenkung der Familie Mombel-Klein an die Stadt Luxemburg.
- In einigen Schulen und Schulfoyers laufen Projekte in Zusammenarbeit mit externen Anbietern zu den Themen Natur, Nachhaltigkeit und Schulgarten.
- Viele Klassen haben aufgrund der Nähe zum Wald die Möglichkeit sporadisch oder als „Bëschklass“ in der Natur unterrichtet zu werden. In den kommenden Tagen werden wir zwei neue Wohnwagen, die derzeit in Beggen und Kirchberg stehen, in Betrieb nehmen. Je nach Bedarf und Verfügbarkeit können diese auch an andere Standorte gebracht werden.
- Das intensivste Beispiel im Bereich der Naturpädagogik ist die „Bëschpillschoul“ in Mühlenbach. In den vergangenen Tagen habe ich die Suche nach einem Standort für eine weitere „Bëschpillschoul“ erneut lanciert. Aufgrund der Umweltauflagen und der Verfügbarkeit von Grundstücken ist es nicht leicht, einen geeigneten Standort zu finden, doch ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben.
- Viele Klassen machen Ausflüge mit Übernachtungen. Zusammen mit dem „Comité de cogestion“ sind wir dabei, einen Katalog auszuarbeiten. Wir loten die Angebote der nationalen Jugendherbergen aus, und bei einem Treffen des Europäischen Jugendherbergsnetzwerks in Remerschen konnte ich auch Kontakte mit Jugendherbergen im nahen Ausland knüpfen. Solche Klassenfahrten sind stets eine herausragende Möglichkeit zur Begegnung mit der Natur.

Ein weiteres Ziel im Zusammenhang mit den Schulhöfen ist die Beschattung von Schulhöfen, eine wichtige Maßnahme zum Schutz vor UV-Strahlung und sommerlicher Überhitzung.

Ganz allgemein gilt, dass wir dafür Sorge tragen wollen, dass unsere Schulhöfe so weit wie möglich gut in Schuss sind, dass genügend Spielgeräte, Abfallbehälter und Sitzgelegenheiten vorhanden sind. Der Schulhof der Schule Anne Beffort in Kiem (ein Modularbau) wird derzeit in diesem Sinne gestaltet.

Den zugestellten Unterlagen liegt ein Mehrjahresplan für die Schulhöfe bei, ein Plan, den ich zusammen mit den Architekten ausgearbeitet habe. Hervorheben möchte ich den Schulhof der Schule Rue Demy Schlechter in Bonneweg. Es handelt sich um einen Beitrag der Stadt Luxemburg im Rahmen des Wettbewerbs „Méi Natur an eise Stied 2026“. Das Projekt wird umgesetzt, unabhängig davon, ob es als Wettbewerbsgewinner gekürt wird oder nicht.

Auf Ebene der Infrastrukturen interessiert uns auch der Schulweg. Der Kinderstadtplan ist in Ausarbeitung. Ich habe verschiedene Gespräche geführt und Kontakte geknüpft, um zu sehen, wie wir die Signalisierung für die Autofahrer so gestalten können, dass noch besser auf die Kinder aufgepasst wird.

Angebote

Die Aktivitätsberichte geben Aufschluss über die verschiedenen Angebote, die im Bereich *Enfance* und im Bereich Schule angeboten werden. Die Berichte der Dienststellen Schulmedizin, Schulfoyers und Kinderkrippen beschreiben eigenständige Dienststellen. Die Aktivitäten im Bereich Schule betreffen die Themen Natur, Musik, Kultur, Sport, Technologie und Partizipation. Den verschiedenen Abteilungen einen herzlichen Dank für ihre Arbeit.

Es gibt zudem eine ganze Reihe von systemischeren Angeboten, die nicht direkt dem pädagogischen Raum der Angebote für Kinder zuzuordnen sind. Das Angebot des Schülertransportes wird immer breiter. Es erreichen uns regelmäßig neue Anfragen zur Einrichtung des Pedibus. Das Engagement der Eltern ist uns sehr wichtig. Dieses Engagement findet seinen Ausdruck in der hervorragenden Arbeit unserer Psychologinnen sowie in der Zusammenarbeit mit der Elternschule und bald auch mit dem Elternforum.

Die Aktivitäten in den Bereichen Natur, Musik, Kultur und Sport laufen sehr gut und sind sehr vielfältig. All diese interessanten Angebote können in den Aktivitätsberichten entdeckt werden.

Im Folgenden will ich kurz auf die Bereiche Partizipation, Technologie und Elternarbeit eingehen.

Im Bereich *Partizipation* hat die Stadt Luxemburg eine starke Konvention mit der Vereinigung UP-Foundation für das Projekt MEGAre abgeschlossen. Es freut mich sehr, dass wir uns als Schöffenrat für die Kinder im Bahnhofsviertel einsetzen und ihnen Perspektiven geben. Es macht Freude zu sehen, wie gut das Projekt läuft. Die nunmehr seit zwei Jahren geleistete Arbeit lässt sich wie folgt zusammenfassen. Da gibt es zum einen die verschiedenen sogenannten MEGAre-Moments (z.B. einen Second-Hand-Kleidermarkt) und zum anderen das MEGAre-Fest, das bereits zum zweiten Mal stattgefunden hat und als Stadtviertel-Fest angedacht ist. Mit dem MEGAre-Forum, welches am 25. November im Atelier stattfindet, haben wir ein neues Format. Die Kinder des Schulzyklus 3.2. aus der Schule Gare werden an Ateliers teilnehmen. Konkrete Ideen sollen zusammen umgesetzt werden.

Was die Idee eines Kindergemeinderates betrifft, habe ich versucht, mir einen Überblick über die bereits bestehenden Beteiligungsformen in den verschiedenen Schulen zu verschaffen. Ich konnte feststellen, dass es in vielen Schulen oder Schulfoyers bereits Formen der Partizipation gibt. In diesem Zusammenhang sei das Projekt KiKaRo („Kirchbierger Kannerrot“) erwähnt. Alle Schulzyklen sind mit jeweils zwei Vertretern im

Kinderrat vertreten. Vor kurzem hat uns der Kinderrat einen Besuch im Rathaus abgestattet. Meiner Ansicht nach wäre es am einfachsten, das Format „MEGAre-Forum“ in allen Stadtvierteln anzubieten und pro Stadtteil Kindervertreter zu benennen, die sich einmal im Jahr im Rathaus treffen würden und eine Art Kindergemeinderat bilden würden. Meiner Meinung nach sollte der Schwerpunkt jedoch weiterhin auf dem Angebot in den Stadtvierteln liegen, um zu vermeiden, dass lokale Initiativen vernachlässigt werden.

Auf die Bereiche Technologie, Technolink, Makerspace und Elternarbeit werde ich noch zu sprechen kommen.

Prioritäten

Im Folgenden will ich auf die sechs Prioritäten eingehen, die ich derzeit sehe und die ich bereits im vergangenen Jahr zu definieren versucht hatte.

a) Neue Konzepte für unsere Gebäude

Auf diese erste Priorität bin ich bereits eingegangen.

b) Eine gerechte Schule

Wie können wir unsere Schule aufstellen, dass wir den Bedürfnissen jedes Kindes so gut wie möglich gerecht werden können? Das Schulkontingent wurde im Sinne dieser Fragestellung überarbeitet.

In diesem Kontext will ich kurz auf das Thema „Gewalt in Schulen“ eingehen, dies vor dem Hintergrund, dass die Stadt Luxemburg Anfang dieses Jahres mit dieser Problematik konfrontiert wurde. Wie können wir adäquat reagieren? Sicherlich können Sie sich an den Fall in der Moselgegend (November 2025) und an den Fall Anfang dieses Jahres in der Schule Dommeldingen erinnern, die auch Thema in den Medien waren. Alle Vorfälle wurden in enger Zusammenarbeit mit der Regionaldirektion analysiert und begleitet, um schnell Lösungen zu finden. In Dommeldingen haben wir die Situation, dass Kinder aus unterschiedlichen Kontexten, die im Stadtteil Dommeldingen wohnen – dies über kürzere oder längere Zeit –, dort die Schule besuchen. Ich nutze die Gelegenheit, um mich bei allen Akteuren der Schule Dommeldingen für ihr jahrelanges Engagement zu bedanken. Sie haben eine Reihe von Fortbildungskursen absolviert, stehen in ständigem Kontakt mit den externen Strukturen und haben sich als Team organisiert, um sich gegenseitig zu unterstützen. Da es in diesem Jahr keine Parallelklassen gab, ergab sich die Situation, dass einige Kinder, die bereits außerhalb der Schule ein auffälliges Verhalten aufwiesen, zusammen in einer Klasse waren. Statistisch betrachtet treten solche Fälle nur sehr selten auf, doch sind wir uns bewusst, dass wir damit rechnen müssen, dass es zu Gewalt unter Kindern in Schulen kommen kann und wir darauf reagieren müssen.

Der Prozedurablauf im Falle eines solchen Vorfalls ist gut geregelt:

- Die Stadt Luxemburg oder die Regionaldirektion - oder beide - werden vom Vorfall in Kenntnis gesetzt. Die beiden Partner beraten sich untereinander.
- Die erste Zuständigkeit und Kompetenz liegt bei der Regionaldirektion, die den Vorfall zusammen mit der Lehrperson bespricht. Zusammen wird geprüft, wie sich eine Lösung finden lässt. Es kann sein, dass ein Kind – unabhängig davon, ob es verhaltensauffällig ist oder nicht – unter dem Einfluss einer vorübergehenden Gemütsverfassung im Rahmen einer bestimmten Situation eine Gewalttat begangen hat. In einem solchen Fall lässt sich das Problem vor Ort mit einem Gespräch lösen. Es kann allerdings auch sein, dass das

Kind wiederholt durch gewalttätiges Verhalten auffällig wurde. In einem solchen Fall wird geprüft, wie dem Kind mit ESEB-Begleitung oder in einem Kompetenzzentrum geholfen werden kann, wie eine Klasse mit Hilfe zusätzlicher Ressourcen mehr Ruhe finden kann, wie sie gestärkt werden kann und wie dem Lehrpersonal Unterstützung zuteilwerden kann.

- Die Stadt Luxemburg verfügt über einige Hebel, um die Regionaldirektion in einer solchen Situation unterstützen zu können. Im Folgenden werde ich kurz auf diese Möglichkeiten eingehen.

Wir können auf unsere „postes mobiles“ zurückgreifen, was wir denn auch in Dommeldingen getan haben.

Für das Schuljahr 2026/2027 haben wir drei Klassen für den Schulzyklus 3 in Dommeldingen vorgesehen. Auf diese Weise können wir Parallelklassen einrichten und gegebenenfalls Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten auf verschiedene Klassen verteilen.

Zudem können wir unsere „classe de transition“ als Etappe vor dem Rückgriff auf ein Kompetenzzentrum anbieten. Die „classe de transition“ ist für die Stadt Luxemburg ein wertvolles Instrument, da wir hier schneller als die Regionaldirektion mit ihren Kompetenzzentren reagieren können. In meiner Funktion als Abgeordneter hatte ich den Bildungsminister dahingehend interpelliert, dass ein Zugang zu den Kompetenzzentren schneller möglich sein muss und es nicht sein darf, dass die Kompetenzzentren die Verantwortung hin- und herschieben. Der Minister hat mir versichert, dass dies nicht passieren soll. Der nationale Aktionsplan für eine bessere Inklusion, der wenige Tage nach meiner Interpellation veröffentlicht wurde, trägt meinem Anliegen Rechnung.

Als Gemeinde haben wir zudem die Möglichkeit, dass Kinder aus externen Strukturen, die unsere Schule besuchen, auf verschiedene Schulressorts verteilt werden können. Im Fall von Dommeldingen haben wir Kontakt zu den externen Strukturen aufgenommen, um zu verstehen, wer die Kinder sind, unter welchen Traumata sie leiden und wie wir einen adäquaten und gerechten Umgang mit den Kindern gewährleisten können. Zusammen mit dem Nachbar-Ressort haben wir uns eine Vorgehensprozedur gegeben für den Fall - eine solche Situation lässt sich nicht vorhersehen -, dass Kinder mit besonderen Verhaltensschwächen in einer Klasse wären.

Die Schule in Dommeldange hat uns gebeten, dass es zu keinerlei Veränderungen bei der Lehrerschaft kommen soll, auch nicht nach Anwendung der Permutationsregelung. Ich für meinen Teil bin offen dafür, in genau definierten Fällen und auf der Grundlage von festgelegten Kriterien, in diese Richtung zu gehen. Es sei jedoch erwähnt, dass es innerhalb der Lehrerschaft in Dommeldingen auch Personen gibt, die nicht über unser Permutationsreglement, sondern über die nationalen Listen zugeteilt wurden.

Es ist verständlich, dass sich in solchen Fällen die Gemüter erregen. Hinter den getroffenen Entscheidungen oder dem, was wir tun können, stehen einige sehr wichtige Überzeugungen.

Jedes Kind hat das Recht, dass seine Bedürfnisse respektiert werden, ohne stigmatisiert zu werden.

Uns ist es wichtig, dass das Lehrpersonal und alle anderen Akteure in Ruhe und mit Freude in der Schule arbeiten können. Keine Gewalt in den Schulen bedeutet auch, dass Schule ihren Bildungsauftrag erfüllen kann.

Ich möchte betonen, dass die Stadt Luxemburg noch mehr Räumlichkeiten für die Kompetenzzentren zur Verfügung stellt, so dass auch die Kinder der städtischen Schulen dort

aufgenommen werden können. Es ist von großem Vorteil, wenn sich das Kompetenzzentrum in nicht zu weiter Entfernung zur besuchten Schule befindet.

Mir liegt auch daran, die gute Zusammenarbeit mit der Direktion der Schule Dommeldingen zu unterstreichen und ich möchte mich dafür und für das gute Vertrauensverhältnis bedanken.

Die Eltern haben das Unbehagen bezüglich der Situation in der Schule von Dommeldingen sehr respektvoll über eine Petition sowie die entsprechenden Artikel in der Presse formuliert – ein legitimes und nachvollziehbares Vorgehen. In diesem Zusammenhang habe ich mir viele Gedanken über die Rolle der Eltern im heutigen Schulkontext gemacht. Sicherlich verhält es sich so, dass viele elterlichen Aufgaben an das Lehrpersonal delegiert werden, weil die Eltern heute nicht mehr so viel Zeit haben wie die Eltern zur Zeit meiner Kindheit, was dazu führt, dass das Lehrpersonal unter den Druck vieler verschiedener Erwartungen gerät.

Als wir vor einem Jahr das Projekt „Ein Quadratkilometer Bildung“ besucht haben, war die Rede von einem sekundären Bildungsnetzwerk. Dabei handelt es sich um alle Bildungsakteure rund um die Schule, d.h. zentral die Eltern, welche, vom Blickwinkel der Bildungstheorie her betrachtet, die informelle Bildung gewährleisten.

Im Austausch mit der Elternschule, die bereits seit einigen Jahren mit der Stadt Luxemburg zusammenarbeitet, ist mir bewusst geworden, dass ein Thema, das Dir, liebe Colette, sehr am Herzen lag (was die Elternschule auch immer wieder betont), noch zu wenig bearbeitet wird: das Thema „Arbeit mit den Eltern“. Neben der Elternschule kommt nun auch das Elternforum nach Luxemburg-Stadt. Darüber hinaus scheint es mir wichtig, systematisch zu erfassen, was wir den Eltern anbieten wollen (Räumlichkeiten, Konferenzen und Fortbildungskurse), und ob uns noch weitere Aktivitäten einfallen.

Digitalisierung

Im Bereich der Digitalisierung sind wir gut vorangekommen. Die TIC-Dienststelle plant eine Digitalisierung aller Dienststellen. Die spezifischen Bedürfnisse der Dienststellen wurden erfasst. Unser Wunsch ist es, nicht nur unsere Dienststellen zu digitalisieren, sondern darüber hinaus das ganze Schulsystem, wo es gilt Schnittstellen zwischen der Stadt Luxemburg und dem Ministerium, zwischen Schulen und Eltern, Schnittstellen zwischen Lehrpersonal und Schuldienst usw. zu gestalten. Zusammen mit externen Akteuren werden wir uns mit Schulbeginn im Herbst an die Arbeit machen und vielleicht auch die eine oder andere Schule (z.B. eine große und eine kleine Schule) als Pilotschule aussuchen, um zwei Szenarien durchzuspielen.

Auch inhaltlich spielt die Digitalisierung eine große Rolle. Dank der „Trainingsdöschcher“ im Makerspace des Centre Technolink konnten eine Reihe von Klassen der Stadt Luxemburg an der „Lego League“ teilnehmen. Vier Klassen haben das nationale Finale erreicht. Zusammen mit Rosa Estanqueiro hatte ich die Gelegenheit, vor Ort zu sein und die Kinder anzufeuern. Mir ist es wichtig, das Makerspace noch weiter zu beleben. Das Potenzial ist sehr groß.

Partizipation

Zu diesem Thema habe ich bereits Erklärungen gegeben.

Stressabbau

In meiner Rede zur Schulorganisation hatte ich bereits vergangenes Jahr die Priorität des Stressabbaus im Alltag der Kinder angesprochen. Die Initiative der Schule Cents im Schulzyklus 1 stellt in diesem Zusammenhang eine interessante Initiative dar.

Pädagogische Modelle

Zu guter Letzt will ich noch kurz auf alternative pädagogische Modelle eingehen. Vergangenes Jahr hatte ich das Modell „Bewegtes Lernen“ erwähnt, welches in der Zwischenzeit bereits an verschiedenen Schulen angeboten wird. Ich hatte außerdem das Modell „selbstorganisiertes Lernen/Kinder“ angesprochen, das ich in der Alemannenschule in Süddeutschland kennengelernt habe. In den Gemeinden Mondorf und Schengen konnte ich mir ein Bild von der Umsetzung des Modells machen. In Übereinstimmung mit der Regionaldirektion und in Absprache mit dem „Comité de cogestion“ wollen wir Wege (Weiterbildung, Konferenz, Besuch vor Ort) finden, um dem Lehrpersonal in unseren Schulen das pädagogische Modell vorzustellen. Lange Zeit hatte ich angenommen, dass das Lehrpersonal derzeit ganz andere Sorgen habe, doch wurde mir nun vom Lehrpersonal gesagt, dass neue Modelle dieser Art neue Perspektiven für den Unterricht eröffnen könnten.

Soweit meine Ausführungen zur Schulorganisation 2026/2027. Ich denke, wir sind auf einem richtigen und interessanten Weg. Wir wollen den Kindern als Kinder gerecht werden. Wir wollen innovativ sein beim Bau neuer Gebäude, bei unseren Konzepten und Angeboten. Als Gemeinde wollen wir ein zuverlässiger Partner sein. Ich möchte erneut betonen, wie dankbar wir den vielen Akteuren sind. Ich kann nur bestätigen, dass die Arbeit mir sehr viel Freude bereitet und ich mich auf das Feedback und die Fragen freue. Ich wünsche mir eine große Zustimmung für die Schulorganisation 2026/2027. Ich danke für die Aufmerksamkeit!

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich danke Schöffe Galles für die engagierte Präsentation der Schulorganisation. Am 12. Juni werden die Gemeinderäte Gelegenheit haben, zur Schulorganisation Stellung zu beziehen. In der Sitzung vom 15. Juni wird der Schöffenrat auf die Interventionen der Gemeinderäte eingehen.

VII VERKEHR

Rat David WAGNER (déi Lénk): Mir ist aufgefallen, dass im oberen Teil der Rue de Strasbourg viele Blumenkästen installiert werden, auch von den Restaurantbetreibern. Bedarf es dafür einer Genehmigung seitens der Stadt Luxemburg? Da auch Autos durchfahren dürfen, die Autofahrer sich jedoch nicht immer an die vorgeschriebene Geschwindigkeit halten, kann ich nachvollziehen, dass Restaurants sich auf diese Art und Weise „schützen“ wollen. Allerdings nehmen die Blumenkästen viel Platz ein. Der obere Teil der Rue de Strasbourg ist als „shared space“ ausgewiesen. Vielleicht könnten strengere Kontrollen helfen, dass die Autofahrer dort langsamer fahren.

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Bei einer Baustelle an der Bushaltestelle in der Avenue de la Gare befindet sich seit einigen Wochen ein Schild auf dem Radweg, das die Radfahrer dazu aufruft, ihr Fahrrad über eine kurze Strecke zu schieben. Eine solche Lösung mag für ein oder zwei Tage in Ordnung sein, aber nicht über Wochen hinweg – zumal es nicht so aussieht, als würden die Bauarbeiten bald abgeschlossen sein. Auf einer Breite von knapp zwei Metern müssen sowohl die Fußgänger als auch die Radfahrer in beiden Richtungen aneinander vorbeikommen – und ich habe noch niemanden gesehen, der vom Fahrrad abgestiegen wäre und dieses geschoben hätte. Wäre es nicht möglich, die Radfahrer, die in Richtung Bahnhof fahren, für eine kurze Strecke über die Straße zu leiten?

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Wie immer werden wir die verschiedenen Regelungen, die eine Sperrung von Bürgersteigen im Rahmen von Baustellen zur Folge haben, nicht mittragen.

Auf dem Fahrrad- und Fußgängerweg unter dem Pont Adolphe ist es im Sommer nachmittags sehr dunkel im Vergleich zur sonnigen Umgebung, so dass die Unfallgefahr zwischen Radfahrern und Fußgängern hoch ist, selbst wenn die Radfahrer langsam fahren. Daher mein Vorschlag, den betreffenden Bereich auch tagsüber besser zu beleuchten oder Warnhinweise anzubringen.

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Ich werde den Vorschlag von Rätin Brömmel an die zuständige Dienststelle weiterleiten, auch wenn ich meine, dass es wohl nicht so leicht wäre, die Radfahrer an der betreffenden Stelle über die Straße fahren zu lassen. Ich gehe davon aus, dass es sich um eine private Baustelle handelt. Ich werde Rätin Brömmel auf dem Laufenden halten.

Der obere Teil der Rue de Strasbourg ist als Begegnungszone ausgewiesen. Uns wurde zugetragen, dass es immer wieder vorkommt, dass Autos das Parkverbot missachten. Einige Cafés und Restaurants haben sich durch das Aufstellen von Blumenkästen einen Terrassenbereich abgegrenzt. Wir überlegen derzeit, diese Terrassen durch Blumenkästen der Stadt Luxemburg einheitlicher zu strukturieren, so wie es auch auf der Place d'Armes der Fall ist. Dass Autofahrer im oberen Teil der Rue de Strasbourg oft zu schnell unterwegs sind, wurde mir bisher nicht zugetragen. Wir werden die Polizei bitten, dort häufiger Kontrollen durchzuführen.

Für den Rad- und Fußgängerweg unter der Brücke ist die staatliche Straßen- und Brückenbauverwaltung zuständig. Wir werden ihr den Vorschlag von Rat Boisante über die Beleuchtung dieser Brücke weiterleiten.

Die Verkehrsregelungen, die eine Sperrung von Bürgersteigen für Fußgänger im Rahmen von Bauarbeiten umfassen, werden bei Enthaltung der LSAP-Vertreter gutgeheißen. Die übrigen temporären Maßnahmen und definitiven Änderungen der kommunalen Verkehrsordnung werden einstimmig gutgeheißen.

VIII KONVENTIONEN

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die Konvention Nummer 9 wird von der Tagesordnung genommen.

- 1) Zweiter Zusatzvertrag zum Mietvertrag zwischen der Stadt Luxemburg und der Gesellschaft „Pavillon Merl s.à r.l.“ über die Anmietung der Räumlichkeiten des Pavillons im Park Merl zum Betrieb einer Brasserie/ eines Restaurants für die Parkbesucher. Um eine positive langfristige Entwicklung des Viertels zu gewährleisten und dem Mieter die Fortführung seines Geschäfts zu ermöglichen, wird die monatliche Miete von 7.500 Euro (ohne Mehrwertsteuer; indexgebunden; seit 2018 ist die tatsächliche Miete auf rund 9.000 Euro angestiegen) auf 7.000 € (ohne Mehrwertsteuer; indexgebunden) reduziert. Der Zusatzvertrag tritt rückwirkend zum 1. März 2026 in Kraft. Alle übrigen Bestimmungen des Mietvertrags vom 15. März 2018 in der Fassung des Nachtrags vom 11. Februar 2021 bleiben unverändert.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Grundsätzlich sind wir damit einverstanden, einem Restaurantbetreiber beim Mietpreis entgegenzukommen. Es stellen sich aber einige Fragen. Auf welchen Überlegungen beruht die Entscheidung, die Miete um den angegebenen Betrag herabzusetzen? Hätte die Stadt nicht mehr tun können, um den Betreiber zu unterstützen, z.B. durch eine Gutschrift, weil der Park wegen der Bauarbeiten

zur Modernisierung des Spielplatzes derzeit weniger Besucher anzieht? Es sei daran erinnert, dass die Stadt Luxemburg der Gesellschaft Alavita für deren Geschäft in Bonneweg eine Mietreduzierung gewährt hatte, das Geschäft aber einige Monate später trotzdem seine Türen dort schließen musste, so dass sich die Frage stellt, ob die Stadt den Betreiber genügend unterstützt hatte. Handelt es sich beim vorliegenden Zusatzvertrag um eine Verlängerung des Mietvertrags? Ändert sich dessen Dauer? Wie steht es um die Modalitäten, die gewährleisten sollen, dass ein bei der Stadt Luxemburg angemietetes Lokal im Fall, wo der Betreiber nicht mehr in der Lage ist, sein Geschäft weiterzuführen, wieder als Mietobjekt auf dem Markt angeboten wird?

Rat Fabricio COSTA (déi gréng): Unsere Fraktion kann nur begrüßen, dass die Stadt sich zur Senkung der Miete bereit erklärt hat, um dem Mieter die Fortführung seines Geschäfts zu ermöglichen. Die Tatsache, dass die Stadt Luxemburg Geschäftslokale vermietet, bietet Geschäftsleuten die Möglichkeit, ein Lokal zu einem vernünftigen Preis in der Stadt anmieten zu können. Im Bahnhofsviertel, das bekanntlich eine Reihe von Problemen hat, besitzt die Stadt Luxemburg nur wenige Geschäftslokale. Wir würden uns freuen, wenn die Stadt im Bahnhofsviertel und auch in anderen Stadtteilen in den Erwerb von Geschäftslokalen investieren würde. Dies würde ihr ermöglichen, einen stärkeren Einfluss auf die Entwicklung des Handels in den einzelnen Stadtteilen zu nehmen.

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Vergangenes Jahr erreichte uns eine Anfrage des Betreibers des Pavillons im Park Merl, nachdem der Gemeinderat eine Konvention zur Vermietung eines neuen Lokals im Park Gasperich für eine Miete von 4.000 € gutgeheißen hatte. Als das Pavillon im Park von Merl vermietet wurde, lag das höchste bei der Gemeinde eingegangene Angebot bei 7.500 € (indexgebunden). Mittlerweile liegt die Miete einschließlich Mehrwertsteuer bei über 10.000 €. Die Pandemie und die Baustelle im Park Merl haben dazu geführt, dass das Geschäft nicht mehr so gut lief, weshalb der Betreiber des Pavillons die Stadt Luxemburg um eine Reduzierung der Miete gebeten hat. Der Betreiber hat außerdem darauf hingewiesen, dass der Park Merl abends um 22.30 Uhr für Besucher schließt, so dass schon ab 21 Uhr kaum noch neue Gäste kommen. Der Park Gasperich wird abends nicht geschlossen, so dass der Betreiber des dortigen Restaurants diese Sorge nicht hat. Nach Überprüfung der Anfrage des Restaurantbetreibers im Park von Merl hat der Schöffenrat beschlossen, den Mietpreis herabzusetzen. Der vorliegende Zusatzvertrag sieht vor, dass die Miete um rund 2.000 Euro herabgesetzt wird, dies rückwirkend zum 1. März 2026.

Schöffe Maurice BAUER: Im Rahmen des Pop-Up-Konzeptes ist die Stadt Luxemburg stets bereit, Angebote von Geschäftsinhabern zu prüfen, wobei wir jedoch nicht den Marktpreis zahlen, um unlauteren Wettbewerb zu vermeiden. Etliche der stadteigenen Geschäftslokale im Bahnhofsviertel wurden oder werden noch immer als Pop-Up-Stores betrieben und wir werden immer offen dafür bleiben, wenn andere Geschäftsinhaber zusammen mit uns auf diesen Weg gehen wollen. In einer derzeit leerstehenden Fläche soll demnächst ein Kino seine Türen öffnen. Wir hoffen, dass es mit der Eröffnung des Kinos für diesen Herbst klappen wird. Wir sind demnach auf einem guten Weg.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

- 2) Zusatzvertrag zum gewerblichen Mietvertrag, der im Jahr 1992 zwischen Privatpersonen und der Firma „Orfeo Sàrl“ bezüglich einer Gewerbefläche im Gebäude Nr. 28, Rue des Capucins abgeschlossen und im September 2024 von der Stadt Luxemburg übernommen wurde. Nach dem Erwerb dieses Gebäudes durch die Stadt wurden die bestehenden Mietverträge sowie die damit verbundenen

Rechte und Pflichten von der Stadt übernommen. Dabei wurde festgestellt, dass die im ursprünglichen Mietvertrag vom 12. Februar 1992 vorgesehene Klausel bezüglich der Anpassung der Miete an den Preisindex nicht angewendet worden war. Die monatliche Miete wird auf 1.860,00 € (indexgebunden) festgelegt und jedes Jahr am 1. Januar an die Entwicklung des Preisindexes angepasst. Die Änderung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2026 in Kraft.

- 3) Die Gesellschaft „Technoconsult S.A.“ tritt unentgeltlich ein Grundstück („place voirie“) mit einer Fläche von 0,06 Ar im Ort genannt „Ale Wee“ in Neudorf an die Stadt Luxemburg ab. Zweck: Verbreiterung des Bürgersteigs.
- 4) Eine Privatperson tritt unentgeltlich ein Grundstück („place voirie“) mit einer Fläche von 0,15 Ar in der Rue de la Montagne an die Stadt Luxemburg ab. Zweck: Verbreiterung des Bürgersteigs.
- 5) Privatpersonen treten unentgeltlich ein Grundstück („place voirie“) mit einer Fläche von 0,10 Ar in der Rue de l'Égalité an die Stadt Luxemburg ab. Zweck: Verbreiterung des Bürgersteigs.
- 6) Privatpersonen treten unentgeltlich ein Grundstück („place voirie“) mit einer Fläche von 0,08 Ar in der Rue de Cessange an die Stadt Luxemburg ab. Zweck: Verbreiterung des Bürgersteigs.

Diese Konventionen werden einstimmig gutgeheißen.

- 7) Durchführungsvereinbarung vom 21. Mai 2026 mit der Kommanditgesellschaft *IKO Real Estate* über die Umsetzung des Teilbebauungsplans „1276 Brabant (ME-12 Giselbert)“. Dieser umfasst ein Ensemble von Grundstücken in Hollerich und Merl, im Bereich der Rue Giselbert, der Rue Marguerite de Brabant, der Rue Charles Martel und der Rue Auguste Neyen. Das Umsetzungsprojekt wurde am 9. Dezember 2024 vom Gemeinderat und am 15. Mai 2025 vom Innenminister genehmigt.

Die Stadt Luxemburg tritt sieben Grundstücke („place“) mit einer Gesamtfläche von 2,58 Ar in Merl an die Gesellschaft *IKO Real Estate* ab. Letztere überträgt der Stadt ein als „place“ ausgewiesenes Grundstück mit einer Fläche von 12,88 Ar in Merl-Sud sowie neun Parzellen (« place voirie ») mit einer Gesamtfläche von 18,71 Ar auf.

Der Teilbebauungsplan bezieht sich auf eine Gesamtfläche von 1,03 Hektar. Davon sind 81,74 Ar bebaubare Parzellen und 21,64 Ar abzutretende Parzellen, auf denen die Gesellschaft *IKO Real Estate* auf ihre Kosten die erforderlichen Straßenbauarbeiten und öffentlichen Infrastrukturen zur Umsetzung des Teilbebauungsplans umsetzen muss. Der Stadt Luxemburg wird unentgeltlich ein öffentliches Wegerecht auf den Parzellen 1013/6230 und 1013/6232 zugunsten der Grundstücke 1013/6226 und 1013/6231 eingerichtet, um rund um die Uhr einen freien Zugang für Fußgänger zwischen dem Inneren des neuen Häuserblocks und der Rue Giselbert zu gewährleisten.

Eine gesonderte Vereinbarung wird sich mit den „Quota“-Wohnungen („logements abordables“) befassen, die gemäß Artikel 29bis des abgeänderten Gesetzes vom 19. Juli 2004 über die kommunale Planung und Stadtentwicklung vorgesehen sind. Die Parteien vereinbaren aber jetzt schon, dass die Kosten für den Bau von bezahlbarem Wohnraum in keinem Fall 5.800.000 € einschließlich Mehrwertsteuer (17 % MwSt.) pro Quadratmeter nutzbarer Wohnfläche übersteigen dürfen.

Rat François BENOY (déi gréng): Unsere Fraktion begrüßt diese Ausführungsvereinbarung. Der betreffende

Teilbebauungsplan, der einen Standort in unmittelbarer Nähe des „Geesseknäppchen“ betrifft, ermöglicht eine positive Verdichtung im Sinne der Stadt der kurzen Wege. Es handelt sich um die zweite Konvention, die unter den Vorgaben des Wohnungsbaupaktes 2.0 unterschrieben wird. Der Anteil an bezahlbarem Wohnraum, die in den Besitz der öffentlichen Hand übergehen, liegt somit nicht mehr bei 10, sondern bei 15 Prozent – und dies zu geringeren Kosten. Ich hoffe, dass wir relativ schnell viele weitere Teilbebauungspläne erhalten werden, die unter den Vorgaben des Wohnungsbaupaktes 2.0 umgesetzt werden, weil dies ein sehr wirksames Instrument darstellt, um bezahlbaren öffentlichen Wohnraum zu schaffen.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

- 8) Kaufvertrag und Kündigung eines Erbpachtrechts bezüglich eines Apartments (47,73 qm) mit Keller und Stellplatz in einer Wohnresidenz gelegen 27, Rue Evy Friedrich. Preis: 176.705,90 €. Die Stadt kauft die Wohnung zurück, um sie wieder als Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

- 9) (Konvention von der Tagesordnung genommen)
- 10) Die Stadt Luxemburg verkauft dem Staat mehrere Grundstücke im Ort genannt „Am Rodenbusch“ – Parzellen mit einer Fläche von 5,40 Ar („place“), 14 Ar („terre labourable“), 9,50 Ar („terre labourable“) bzw. 5,97 Ar („place“) – sowie in der Rue Roudebösch („place voirie“) mit einer Fläche von 1,84 Ar. Preis: 194.204 €. Zweck: Neugestaltung der RN 4 zwischen Leudelingen und Cloche d'Or.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

- 11) Konvention zwischen der Stadt Luxemburg und der öffentlichen Einrichtung „Salle de concerts Grande-Duchesse Joséphine-Charlotte“ über die Bereitstellung des „Orchestre Philharmonique du Luxembourg“ (OPL) und seines Bildungsdienstes („service éducatif“), insbesondere bei Musikveranstaltungen, die von den verschiedenen städtischen Diensten organisiert werden, sowie im Rahmen einer regelmäßigen Zusammenarbeit mit den Theatern der Stadt Luxemburg, dem Konservatorium, der Kinemathek, dem städtischen Schuldienst, der Dienststelle „Événements, Fêtes et Marchés“ (EFM), der Kulturkoordination und anderen städtischen Dienststellen. Im Gegenzug gewährt die Stadt der öffentlichen Einrichtung für das Jahr 2026 einen pauschalen Betrag von 820.000 € als finanzielle Beteiligung.

Rätin Sylvia CAMARDA (DP): Musik verbindet, Musik bringt Menschen zusammen. Wir haben das Glück, dass das OPL eine derart interessante Konvention mit der Stadt Luxemburg unterschrieben hat, ermöglicht sie es doch, dass Musik in der Philharmonie zu den Menschen gebracht wird. Darauf können wir stolz sein, weshalb wir die vorliegende Konvention nur unterstützen können.

Dank der Zusammenarbeit zwischen dem OPL und den Theatern der Stadt Luxemburg konnten in diesem Jahr zwei fantastische Opern aufgeführt werden: die Oper „Nabucco“ im Mai 2026, mit einem grandiosen Szenenbild, und die Oper „Othello“, die im Oktober aufgeführt wird.

Die Kinemathek ist momentan geschlossen, doch haben wir das Glück, ins Kapuzinertheater wechseln zu können, um dort in Zusammenarbeit mit dem OPL „Carmen“ und „Farinelli“

(Dezember 2026) aufführen zu können. Nicht zu vergessen die Veranstaltung „Kinnekswiss loves“, die einen sehr großen Erfolg kennt. Das OPL bietet ein phänomenales musikalisches Niveau. Wir können daher stolz sein, den Bürgern aus der Stadt Luxemburg und dem ganzen Land ein qualitativ hochwertiges Musik-Event auf internationalem Niveau anbieten können. Das ist wichtig, denn wir haben alle ein Recht auf Kunst, auf Kultur und vor allem auch auf die Leidenschaft, mit der das Orchester Musik macht, immer wieder auch mit Super-Solisten.

Wichtig ist auch, dass wir die Musik an die Kinder herantragen, damit sie erfahren, wie wichtig Musik ist. Der Bildungsdienst des OPL spielt da eine wichtige Rolle. 23 Aufführungen richten sich nur an die Kinder. Es handelt sich um Gratis-Veranstaltungen für die Kinder der städtischen Grundschulen. Es ist wichtig, dass Kinder den Weg in die Philharmonie finden, sie erfahren, dass die Musiker auch ganz normale Menschen sind, mit denen sie sich unterhalten und denen sie Fragen stellen können. Für die Kinder der städtischen Grundschulen werden 18 Ateliers angeboten. Wir brauchen mehr davon, denn solche Angebote sind ungemein wichtig. Die Musikschulen in den verschiedenen Stadtteilen sind ausgelastet. Das Konservatorium führt Wartelisten. Es ist wichtig, dass wir den Kindern die Möglichkeit bieten, sich von großen Künstlern und Musikern inspirieren zu lassen, damit einige von ihnen vielleicht eine berufliche Zukunft in diesem Bereich in Betracht ziehen.

Parallel dazu haben wir die interessante Zusammenarbeit mit dem Konservatorium und wir alle freuen uns darauf, wenn das Auditorium nach Abschluss der Modernisierungsarbeiten wieder seine Türen öffnet.

Dies alles sind Veranstaltungen, die unsere Stadt mit ihren unterschiedlichen Kulturen und Nationalitäten braucht. Es ist wichtig, dass das OPL für alle da ist. Von 2017 bis heute hat sich der finanzielle Beitrag der Stadt Luxemburg um 36,75 % erhöht und bekanntlich sind die Kosten in dieser Zeitspanne auch gestiegen. Es ist wichtig, dass die Musiker zum richtigen Preis bezahlt werden. Ich kann die vorliegende Konvention daher nur unterstützen.

Rätin Maxime MILTGEN (LSAP): Der finanzielle Beitrag der Stadt Luxemburg beläuft sich für das Jahr 2026 auf 820.000 €. Im Gegenzug verpflichten sich das OPL und dessen pädagogische Dienststelle, Projekte und Veranstaltungen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Luxemburg anzubieten. Diese Zusammenarbeit ist sehr wichtig und findet unsere volle Unterstützung. Die Philharmonie zählt zu den kulturellen Visitenkarten unserer Hauptstadt und trägt dazu bei, unsere Stadt als offene, moderne und kulturell diverse Stadt zu positionieren. Noch wichtiger ist ihre Rolle im Bereich der kulturellen Bildung und als Integrationsfaktor.

Es ist besonders zu begrüßen, dass diese Konvention explizit auf eine Zusammenarbeit mit den städtischen Grundschulen, dem Konservatorium, den Theatern der Stadt Luxemburg und der Kinemathek sowie anderen Dienststellen der Stadt setzt. Die Konvention zeigt, wie wichtig Transversalität in der Kultur ist, da Kultur nicht mehr nur in einer Institution stattfindet, sondern besonders stark werden kann, wenn verschiedene Akteure zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit bereichert unser kulturelles Angebot. Sie erleichtert einem breiten Publikum und vor allem den Kindern den Zugang zur Philharmonie, bringt die Musik näher an die Menschen heran. Diese Art der Vernetzung ist eine Stärke unserer Stadt und soll auch in Zukunft gefördert werden.

Gleichzeitig reden wir über eine substanzielle Summe an Steuergeldern, weshalb wir begrüßen, dass eine Konvention unterschrieben wird, in welcher die Modalitäten, die Rechte und Pflichten beider Parteien klar festgelegt werden. Mit dieser Konvention wird ein guter Rahmen geschaffen, um eine enge Zusammenarbeit zwischen der Stadt Luxemburg

und einer unserer wichtigsten kulturellen Institutionen zu gewährleisten.

Rätin Liudumila BRANCA (déi gréng): Diese Vereinbarung ist Teil einer langjährigen Partnerschaft zwischen der Stadt und der Philharmonie, einer Institution, die eine wichtige Rolle in der Kulturförderung und der Ausstrahlung der Hauptstadt spielt. Das für 2026 vorgeschlagene Programm ist besonders vielfältig. Ich denke dabei insbesondere an die Kooperationen mit den städtischen Theatern im Rahmen von „Nabucco“ und „Othello“, die zahlreichen Projekte mit der Kinemathek, wie beispielsweise die Ciné-Konzerte „Vertigo“, „Blackmail“, „Carmen“, sowie weitere Initiativen, die zusammen mit dem Konservatorium entwickelt wurden.

Wir möchten außerdem die Bedeutung von Initiativen für junges Publikum hervorheben. Schulkonzerte, Workshops, Mitmachprojekte und zahlreiche kulturelle Bildungsangebote ermöglichen es Tausenden von Kindern und Jugendlichen, Musik und künstlerisches Schaffen zu entdecken.

Dennoch ist es immer sinnvoll, sich zu fragen, wie der Zugang zur Kultur weiter ausgebaut werden kann. Die Philharmonie ist ein Symbol für Exzellenz, muss aber auch weiterhin ein Ort sein, der allen Zuschauern offensteht, insbesondere jungen Menschen, Familien und Menschen, die Kultureinrichtungen weniger spontan besuchen.

Öffentliche Investitionen in Kultur sind unerlässlich. Sie tragen zur Bildung, zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Attraktivität unserer Stadt bei. Daher begrüßen wir die in dieser Vereinbarung dargelegten Projekte und ermutigen die Stadt und die Philharmonie, ihre Bemühungen im Sinne eines zugänglichen und inklusiven Kulturangebot fortzusetzen.

Rat Robert PHILIPPART (DP): Auch wenn bereits vieles gesagt wurde, möchte ich noch einige Worte zur vorliegenden Konvention sagen. Es handelt sich um eine wichtige Initiative, die ich nur begrüßen kann. Die Stadt Luxemburg und die öffentliche Einrichtung „Salle de concerts Grande-Duchesse Joséphine-Charlotte“ pflegen seit Jahren eine beispielhafte Partnerschaft im Dienste des kulturellen Lebens. Getragen vom gemeinsamen Willen, die Musik als Vektor von Integration, sozialem Zusammenhalt und persönlicher Entwicklung zu fördern, arbeiten die beiden Institutionen eng zusammen, um artistische Exzellenz einem breiten Publikum zugänglich zu machen. In diesem Zusammenhang stellt die öffentliche Einrichtung der Stadt das OPL und seine hochkompetenten pädagogischen Dienstleistungen zur Verfügung. Diese Zusammenarbeit konkretisiert sich durch eine Reihe von Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit mit verschiedenen Dienststellen der Stadt Luxemburg, die auf kultureller Ebene aktiv sind, organisiert werden.

Die Diversität und der Umfang dieser Zusammenarbeit erfordern eine intensive Abstimmung aller Akteure. Das gemeinsame Jahresprogramm überschneidet sich mit zwei musikalischen Spielzeiten. Diese Umstände erklären, warum die Konvention erst in der ersten Hälfte des laufenden Jahres finalisiert wird. Die vorliegende Konvention gilt für das Jahr 2026 und tritt rückwirkend zum 1. Januar 2026 in Kraft. In der Konvention sind die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der verschiedenen Partner präzise festgelegt, um eine hohe künstlerische Qualität der Veranstaltungen und eine optimale Umsetzung im Bereich der Technik, der Organisation und der Sicherheit zu gewährleisten. Die Konvention regelt ebenfalls die Kommunikation bezüglich der Veranstaltungen.

Diese Zusammenarbeit hat ihren Ursprung in der historischen Partnerschaft zwischen der Stadt Luxemburg und der Stiftung Henri Pensis. Im Rahmen der Neuorganisation des ehemaligen RTL-Orchesters und der Fusion der Stiftung Henri Pensis mit der öffentlichen Einrichtung im Jahr 2011 wurde die bis

dahin noch von der Stadt Luxemburg genehmigte finanzielle Unterstützung auf das OPL übertragen. Seit 2020 hat die Stadt Luxemburg ihre finanzielle Unterstützung regelmäßig an die wachsenden artistischen und pädagogischen Angebote des OPL angepasst. Im Jahr 2023 lag ihre Unterstützung bei 725.000 €, im Jahr 2025 waren es 800.000 €. Für das Jahr 2026 sind 820.000 € vorgesehen.

Das OPL setzt sich aus 99 Musikerinnen und Musikern mit 20 verschiedenen Nationalitäten zusammen. Es erlebt derzeit eine besonders erfolgreiche Phase in der europäischen Musikszene. Die rezente Ernennung des ungarischen Dirigenten Martin Rajna als neuer musikalischer Direktor unterstreicht den artistischen Anspruch des Orchesters und dessen Wunsch, den Weg der Exzellenz fortzusetzen, der unter der Leitung von Gustavo Gimeno eingeschlagen wurde. Nach zehn bemerkenswerten Jahren an der Spitze des Musikensembles hinterlässt er ein Orchester mit internationalem Renommee, das durch seine Konzerte, seine Tourneen und seine Musikaufnahmen große Anerkennung genießt und mit renommierten Preisen ausgezeichnet wurde. Mit der vorliegenden Konvention wird diese Ausrichtung voll und ganz unterstützt.

Das OPL spielt auch eine zentrale Rolle bei der Demokratisierung des Zugangs zur Kultur. Als Gegenleistung für die finanzielle Unterstützung stellt das Orchester seine Musiker und Musikerinnen den Institutionen der Stadt Luxemburg zur Verfügung und schafft ein umfassendes artistisches und pädagogisches Angebot für die Grundschulen unserer Stadt. Die pädagogischen Ateliers und musikalischen Veranstaltungen, die sich an Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahre richten, stellen dabei eine besonders wertvolle Investition dar. In einem Alter, in dem sich Kreativität, Neugier und Sensibilität intensiv entwickeln, fördert Musik die Fantasie, den emotionalen Ausdruck und die persönliche Entwicklung. Gleichzeitig stärken diese Aktivitäten wichtige Kompetenzen wie Konzentration, Gedächtnis, Koordination und Teamgeist. Sie tragen auch dazu bei, den Kindern verschiedene kulturelle Welten näherzubringen und ihre Offenheit und Kreativität zu entwickeln. Indem das OPL die jungen Generationen bereits heute an die Musik und die lebendige Kunst heranführt, trägt dies dazu bei, das kulturelle Publikum von morgen zu bilden. Seine pädagogischen Angebote erreichen jedes Jahr rund 15.000 Schülerinnen und Schüler im Land.

Das Jahr 2025 hat dank einer finanziellen Unterstützung der Stadt in Höhe von 800.000 € viele Aktivitäten für die Einwohner ermöglicht: 23 Veranstaltungen für Schüler der Grundschulklassen, 18 Gratis-Veranstaltungen und Ateliers, drei Projekte in Zusammenarbeit mit dem Konservatorium, vier „ciné-concerts“ und „Live-Cinéma“-Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Kinemathek, vier Opernabende zusammen mit den Theatern der Stadt Luxemburg sowie Konzerte wie „Kinnekswiss loves“.

Für das Jahr 2026 ist ein weiterer Ausbau des Programmangebots vorgesehen, mit insgesamt 73 Veranstaltungen. Vorgesehen sind u.a. sechs Opernabende, zwei Live-Kinoveranstaltungen, acht „ciné-concerts“, das Konzert der Laureaten des Konservatoriums, das Konzert der Schüler des Konservatoriums und selbstverständlich auch wieder das Konzert „Kinnekswiss loves“. Am 4. Juli wird dieses Konzert erneut Tausende Zuhörer anziehen. Die Zahl der Konzerte, Veranstaltungen, Ateliers und Workshops für die Schüler der Grundschulen steigt von 41 Veranstaltungen im Jahr 2025 auf 55 Veranstaltungen im Jahr 2026. Dies unterstreicht die große Bedeutung, die der artistischen Bildung und dem kulturellen Zugang für junge Menschen zukommen gelassen wird. Die finanzielle Unterstützung für das Jahr 2026 beläuft sich auf 820.000 €. Dieser Betrag liegt deutlich unter den direkten Ausgaben, die das OPL im Rahmen dieser Leistungen tragen muss. Diese Leistungen wurden vor einiger Zeit auf 2,6 Millionen Euro geschätzt. Im Licht der hohen

Anzahl an Veranstaltungen, deren artistischen Qualität, ihres pädagogischen und sozialen Wertes sowie ihres Beitrags zur Integration und zum Zusammenleben aller Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Luxemburg, erscheint der Betrag von 820.000 € voll und ganz gerechtfertigt. Es handelt sich um eine nachhaltige Investition in Kultur und Bildung, die den kulturellen und sozialen Zusammenhalt und die Attraktivität unserer Stadt fördert.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Danke für die positiven Stellungnahmen. Ich bin zuversichtlich, dass die Konvention einstimmig gutgeheißen wird. Der Schöffenrat kann die Ausführungen über die gute Zusammenarbeit zwischen der Philharmonie und den genannten Dienststellen zu 100 Prozent unterschreiben.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

IX URBANISMUS

1) Denkmalschutz für mehrere Gebäude und Elemente auf dem Campus Limpertsberg der Universität Luxemburg (Gutachten)

In seinem Schreiben vom 10. März 2026 hat der Kulturminister der Stadt Luxemburg mitgeteilt, dass er beabsichtigt, bestimmte Gebäude und Elemente des Campus Limpertsberg der Universität Luxemburg, die sich in staatlichem Besitz befinden, als nationales Kulturerbe einzustufen.

Im Flächennutzungsplan der Stadt Luxemburg ist der östliche Teil des betreffenden Grundstücks als „zone de bâtiments et équipements publics [BEP]“ ausgewiesen, die sich teilweise mit einem „secteur protégé d'intérêt communal 'environnement'“ überschneidet. Dieses Gebiet ist mit einem Teilbebauungsplan QE „secteur protégé des sites, monuments et éléments du petit patrimoine [SPR-smp]“ belegt. Der süd-östliche Teil der betroffenen Parzelle ist als „zone de parc public [PARC]“ ausgewiesen. Der westliche Teil ist als „zone d'habitation 2 [HAB-2]“, überlagert von einer „zone soumise à un plan d'aménagement particulier 'nouveau quartier'“ und teilweise von einem „secteur protégé d'intérêt communal 'environnement construit'“ und einer „zone de servitude 'urbanisation éléments naturels' [EN]“ überlagert.

Im Masterplan für den Teilbebauungsplan NQ-SD: LI-10 ist das Gebäude, das sich in einer „zone soumise à un plan particulier 'nouveau quartier'“ befindet, nicht als zu erhaltendes Element ausgewiesen. Für das Hauptgebäude des ehemaligen Internats Saint-Joseph ist das jedoch der Fall. Derzeit befindet sich kein Teilbebauungsplan in Ausarbeitung.

Die vorgeschlagene Klassifizierung umfasst ein Nebengebäude des ehemaligen Internats Saint-Joseph, das in den 1930er Jahren im modernistischen Stil errichtet wurde, mit seiner Begrenzungsmauer und Außentreppe, sowie den Anbau des ehemaligen Priesterseminars östlich des Hauptgebäudes, seine Baumallee und das „Oratoire“.

Die vorgeschlagene Einstufung folgt den bereits per Ministerialerlass vom 26. Juni 2018 festgelegten Einstufungen als nationales Kulturerbe für das ehemalige Internat Saint-Joseph, die Baumallee hinter dem Hauptgebäude (188, Avenue de la Faïencerie) und das ehemalige Priesterseminar (162A, Avenue de la Faïencerie). Trotz dieser Einstufung befindet sich das Hauptgebäude des ehemaligen Internats Saint-Joseph derzeit in einem stark sanierungsbedürftigen Zustand.

Das Gelände des ehemaligen Internats Saint-Joseph blickt auf eine lange Geschichte zurück. Die meisten der heute noch vorhandenen Gebäude stammen aus dem Jahr 1888 und den 1930er Jahren. Der Anbau wurde zwischen 1935 und 1936 als Schulgebäude im modernistischen Stil errichtet. Die Außentreppe, die zur Lindenallee (seit 2018 denkmalgeschützt) führt, stammt mindestens aus dem späten 19. Jahrhundert und weist ebenfalls Jugendstilelemente auf. Sie wird von mehreren Stützmauern eingefasst, die den Weg zur Lindenallee bilden.

Das Gelände des ehemaligen Priesterseminars hat eine ähnliche Geschichte wie das Internat. Der für die Denkmalliste vorgeschlagene Anbau wurde in den 1960er Jahren als Erweiterung des Hauptgebäudes, das seit 2018 unter Denkmalschutz steht, errichtet. Das INPA merkt in seiner Stellungnahme an: „Obwohl seine Lage und seine Grundform somit dem architektonischen Gesamtkontext Rechnung tragen, ist seine Formensprache entschieden modern und typisch für die Zeit seiner Errichtung.“

Vor dem ehemaligen Seminargebäude befindet sich ein Garten mit einer Lindenallee, ähnlich der des Internats Saint-Joseph, und ein „Oratoire“. Die Allee stammt aus der Zeit des Baus des ehemaligen Seminargebäudes im Jahr 1903, während das „Oratoire“ im 17. Jahrhundert zeitgleich mit dem Jesuitenkolleg errichtet wurde und an die Apsis der Kirche angrenzt, die 1870 zur Kathedrale erhoben wurde. Im Zuge der Kirchenenerweiterung zwischen 1935 und 1938 wurde das „Oratoire“ in den Seminargarten verlegt. Die Allee überschneidet sich gemäß dem aktuellen Flächennutzungsplan mit den Zonen [BEP] und [PARC] und genießt daher bereits Schutzstatus aus ökologischer Sicht.

Es wird vorgeschlagen, den Vorschlag des Kulturministeriums, das Nebengebäude des ehemaligen Priesterseminars, das „Oratoire“ und die Lindenallee als nationales Kulturerbe einzustufen, positiv zu begutachten, aber den Vorschlag, das Nebengebäude des ehemaligen Internats St. Joseph, seine Umfassungsmauer und die Außentreppe ebenfalls als nationales Kulturerbe einzustufen, negativ zu begutachten. Der *Service Urbanisme* der Stadt Luxemburg weist in seinem Gutachten darauf hin, dass das Entwicklungspotenzial des Geländes durch die Entscheidung, verschiedene Elemente „unter eine Glasglocke zu stellen“, beeinträchtigt werden könnte. Auch wird unterstrichen, dass die Gemeinden über verschiedene Instrumente verfügen, die es ihnen im Rahmen des kommunalen Denkmalschutzes ermöglichen, schutzwürdige Gebäudegruppen und Bauwerke gezielt zu erhalten. So können sie bei der Erstellung eines Teilbebauungsplans NQ einen präzisen Rechtsrahmen für Bauvorhaben und Denkmalschutz festlegen und ästhetische Bedingungen sowie Erhaltungsmaßnahmen umsetzen. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Instrumente insbesondere die Entwicklung der Teilbebauungspläne NQ „Polfermillen“, „Villeroy & Boch“ und „Nei Hollerich“ ermöglicht und die Entstehung neuer Stadtviertel innerhalb eines bestehenden historischen Stadtgefüges erlaubt haben.

Rat Claude RADOUX (DP): Das Gutachten unserer Dienststellen fällt zum Teil positiv und zum Teil negativ aus. Es handelt sich um ein weitläufiges Gelände mit verschiedenen Gebäuden, von denen einige bereits seit längerer Zeit als nationales Kulturerbe eingestuft sind. Das frühere Hauptgebäude des Internats St. Joseph, das im Jahr 2018 unter nationalem Denkmalschutz gestellt wurde, steht seit Jahren leer und befindet sich in stark sanierungsbedürftigem Zustand. Es reicht nicht aus, Gebäude zu klassieren, sondern man muss sich auch Gedanken über deren künftige Nutzung machen und in ihre Renovierung investieren. Ich schlage daher vor, im Gutachten der Stadt Luxemburg an die zuständigen nationalen Behörden zu appellieren, ein Nutzungskonzept für die zu erhaltenden Gebäude zu erstellen.

Die Kommission hat eine negative Stellungnahme zu dem Vorschlag abgegeben, das Nebengebäude des ehemaligen Internats St. Joseph, seine Umfassungsmauer und die Außentreppe als nationales Kulturerbe einzustufen. In der beratenden Kommission wurde die Frage gestellt, ob es keine Fotos vom Inneren des Gebäudes gebe. Solche Fotos hätten Argumente für ein eventuelles positives Gutachten liefern können. Doch das Dossier, das uns von der nationalen Behörde vorgelegt wurde, erwies sich einmal mehr als sehr dürftig – und zwar in einem solchen Maße, dass alle Mitglieder der Kommission einstimmig zu dem Schluss gelangten, dass es auf der Grundlage der vorliegenden Informationen nicht möglich sei, ein positives Gutachten für die Klassierung der genannten Elemente abzugeben. Die Stadt Luxemburg sollte das INPA daher erneut bitten, uns möglichst vollständige Dossiers zu unterbreiten, anhand derer wir nachvollziehen können, aus welchen Gründen eine Einstufung als nationales Kulturerbe vorgeschlagen wird.

Im Gutachten unserer Dienststelle wird zurecht darauf hingewiesen, dass die kommunale Planung und Stadtentwicklung in die Zuständigkeit des Bürgermeisters fällt. Der Standort des Campus der Uni Luxemburg ist von derart großer Wichtigkeit und hat ein derart großes Entwicklungspotenzial, dass man es in der Tat, um es mit den Worten unserer Dienststelle zu sagen, nicht unter einer Glasglocke stellen kann.

Rat Fabricio COSTA (déi gréng): Unsere Fraktion wird sich den Vorschlägen unserer Dienststellen anschließen. Ich teile auch die Ansicht von Rat Radoux, dass die nationalen Behörden möglichst rasch ein Konzept für die Umnutzung der bereits als nationales Kulturerbe eingestuften Gebäude ausarbeiten sollten.

Der Bericht der „Commission pour le patrimoine culturel“ (COPAC), der uns heute vorliegt, lag uns für die Diskussionen in der beratenden Kommission nicht vor. Es fehlten uns demnach Informationen über die Beweggründe der nationalen Kommission, die sie dazu veranlasst haben, eine Einstufung der genannten Elemente als nationales Kulturerbe vorzusehen. Ich würde es begrüßen, wenn dieser Bericht der beratenden Kommission künftig im Vorfeld zugestellt werden könnte. Auch teile ich die Meinung, dass dem Dossier mehr Fotos beigefügt werden sollten. Ein Text allein reicht nicht aus, um eine Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen treffen zu können.

Rat Robert PHILIPPART (DP): Inhaltlich kann ich mich den Ausführungen meiner Vorredner anschließen. Meine Sicht der Dinge ist allerdings nuancierter und auch viel positiver. Diese ganze Übung erlaubt es dem Ministerium und der Stadt Luxemburg, sich gedanklich mit dem Thema auseinanderzusetzen und festzustellen, wer bereits über welche Instrumente verfügt und auf welche Art und Weise diese sich ergänzen können. Und hier sehen wir ein gutes Beispiel, wie das funktionieren kann.

Einige Gebäude an diesem Standort sind bereits seit 2018 als nationales Kulturerbe eingestuft, insbesondere das *Pensionnat St Joseph* und das ehemalige Priesterseminar. Nun ist es durchaus gerechtfertigt zu fragen, warum das Kulturministerium die übrigen Gebäude nicht auch bereits 2018 unter Denkmalschutz gestellt hat. Diese Frage ist einfach zu beantworten: Weil es Überlegungen gibt, den Standort zu beleben, und es wichtig ist, das Patrimonium dabei erneut unter die Lupe zu nehmen, ohne den gesamten Standort unter eine Glaskuppel zu stellen. Das INPA erlaubt auch die weitere Entwicklung von Gebäuden. Dies mag manchmal kompliziert und auch kostenintensiv sein, doch ist der Denkmalschutz keinesfalls als Veto gegen jegliche weitere Entwicklung anzusehen.

Das Nebengebäude des früheren Priesterseminars wurde in den 1960er Jahren gebaut. Komischerweise wird im

INPA-Gutachten nicht darauf hingewiesen, dass es sich um ein Gebäude handelt, dass von Staatsarchitekt Constant Gillardin entworfen wurde und das für dessen Stil charakteristisch ist. Das Gebäude wurde an die „Mëttschoul“ vermietet. Die ersten Informatikkurse fanden hier statt. Im Flächennutzungsplan der Stadt Luxemburg liegt das Gebäude in einer geschützten Zone. Das „Oratoire“ von 1635, das früher hinter dem Chor der Kathedrale stand, und die Lindenallee sind als „zone parc“ ausgewiesen. In Bezug auf die genannten Elemente decken sich die Sichtweisen von Stadt und Kulturministerium.

Anders verhält es sich beim 1935/1936 errichteten Nebengebäude des ehemaligen Internats St. Joseph. Manche unter uns werden sich noch daran erinnern, dass dort zeitweise die *American International School* untergebracht war. Wir alle wissen, dass wenn eine Schule in ein Gebäude einzieht, eine Anpassung an die geltenden Normen erforderlich ist, was bedeutet, dass das Gebäude nicht mehr authentisch ist. Andernorts im Land wurden Gebäude, die viel repräsentativer für den Modernismus sind, unter Denkmalschutz gestellt. Wenn die Stadt Luxemburg bezüglich der vorgeschlagenen Klassierung dieses Gebäudes ein negatives Gutachten abgibt, bedeutet dies jedoch keineswegs, dass sie sich ipso facto für einen Abriss des Gebäudes ausspricht, denn unser Flächennutzungsplan sieht Maßnahmen vor, die auch bei einem PAP „nouveau quartier“ eine Entwicklung erlauben und es gleichzeitig ermöglichen, dass Elemente, die als erhaltenswert angesehen werden, in das Projekt integriert werden können. Ich würde mich deshalb dem Gutachten der Kommission, der ich selbst anhöre, anschließen.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Unsere Fraktion wird die Vorschläge der zuständigen kommunalen Dienststelle unterstützen. In Zukunft sollte die zuständige Kommission jedoch nicht mehr in eine Situation geraten, in der die Unterlagen keinerlei Fotos vom Inneren des Gebäudes enthalten, da dies zu einem negativen Gutachten zu einem Vorschlag des Ministeriums führen kann.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Im Dossier, das den Mitgliedern der beratenden Kommission vorgelegt wird, sollten in der Tat alle Dokumente des zu behandelnden Punktes enthalten sein.

In der Sache sind wir uns einig, so dass ich davon ausgehe, dass wir beim Votum Einstimmigkeit erreichen werden. Ich habe Verständnis dafür, dass Rat Philippart das INPA etwas in Schutz nehmen will. Wir arbeiten viel mit ihnen zusammen und es stellt auch niemand ihre gute Arbeit in Frage. Es gilt aber zu beachten, dass sich hinter dem Gelände noch viele Grundstücke befinden, von denen ein Teil im Besitz der Stadt Luxemburg ist, die irgendwann mit einem Teilbebauungsplan belegt werden – auch mit Wohnungen –, d.h. dass es an dem Standort noch zu einer wichtigen urbanen Entwicklung kommen wird. Ich hoffe, dass das Ministerium diesmal unserem Gutachten, das meiner Ansicht nach differenziert ist, mehr Beachtung schenken wird – auch in seinem eigenen Interesse, denn die betreffenden Gebäude befinden sich in staatlichem Besitz, und wenn der Staat die Gebäude, die er selbst unter Denkmalschutz stellen will, anschließend einer neuen Nutzung zuführen möchte, wird er sich mit den Denkmalschutz-Bestimmungen herumschlagen müssen.

Der Vorschlag des Kulturministeriums, das Nebengebäude des ehemaligen Priesterseminars, das Oratorium und die Lindenallee als nationales Kulturerbe einzustufen, wird vom Gemeinderat einstimmig positiv begutachtet. Der Vorschlag des Ministeriums, das Nebengebäude des ehemaligen Internats St. Joseph, seine Umfassungsmauer und die Außentreppe als nationales Kulturerbe einzustufen, wird vom Gemeinderat einstimmig negativ begutachtet.

2) Neuordnung von Bauland

Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Neuordnung folgender Grundstücke zu:

- Val Ste Croix: Aufteilung der Parzellen 207/1649, 272/6710, 272/6711, 272/6712 und 272/6713 zwecks Schaffung eines neuen Bauplatzes auf dem ein Neubau entstehen kann. Sechs Lote werden im Rahmen des neuen Recyclingcenter-Projekts bebaut werden.
- 28 bis 50, Rue d'Eich: Teilung der Parzelle 69/3556 zwecks Schaffung von zwei Parzellen im Hinblick auf ein Verkaufsprojekt.
- Val Fleuri (CHL): Zusammenführung der Parzellen 60/6722 und 60/6728 zwecks Schaffung eines neuen Bauplatzes, um den Ausbau des sich im Bau befindenden Gebäudes zu ermöglichen.
- 45, Route d'Echternach: Teilung der Parzelle 75/2020 zwecks Schaffung von drei Bauplätzen.

X ÄNDERUNG DER STATUTEN DES SEBES

Der Gemeinderat stimmt *einstimmig* dem Beschluss des Vorstands des SEBES zu, die Satzung des Syndikats anzupassen, um die Vertretung aller Mitglieder des kommunalen Sektors (DEA, SEC, SES, SIDERE und die Stadt Luxemburg) im SEBES-Büro zu gewährleisten und gleichzeitig den Grundsatz der Stimmgleichheit zwischen den delegierten Mitgliedern des Staates und des kommunalen Sektors zu wahren, wie er in Artikel 2 des abgeänderten Gesetzes vom 31. Juli 1962 über die Stärkung der Trinkwasserversorgung des Großherzogtums Luxemburg aus dem Obersauer-Stausee vorgesehen ist.

XI AUSSERORDENTLICHE SUBSIDIEN

Rätin Liudumila BRANCA (déi gréng): Ich unterstütze die vier Subsidien, die uns heute unterbreitet werden. Das „Movement Art International Dance Festival“ bietet eine wunderbare Gelegenheit, den kulturellen Einfluss unserer Stadt durch zeitgenössischen Tanz und künstlerischen Austausch in unserer Großregion zu stärken.

Dieses Projekt belebt unser Kulturerbe und unseren öffentlichen Raum durch ein Musikprogramm, das einem breiten Publikum zugänglich ist. Diese Initiative bringt den Bürgern die Kultur näher und trägt zur Belebung der Stadt bei.

Das Projekt „LUkraine Days“ spielt eine wichtige Rolle im interkulturellen Dialog und der Entdeckung der ukrainischen Kultur durch Kunst, Musik, Film und Literatur. Dieses Festival fördert Begegnungen zwischen den Gemeinschaften und bereichert unsere kulturelle Vielfalt.

Das Festival „Euphoria“ bringt eine neue Dynamik in die Kulturprogramme, indem es den Reichtum und die Vielfalt der lusophonen Welt präsentiert. Wir ermutigen die Organisatoren jedoch, diese Repräsentation in zukünftigen Ausgaben weiter auszubauen und mehr Künstler aus Ländern wie Angola, Mosambik oder Guinea-Bissau einzubeziehen. Eine solche Offenheit würde die Pluralität der lusophonen Kulturen noch besser widerspiegeln und die integrative, interkulturelle und verbindende Dimension dieses Festivals stärken.

Diese vier Projekte verdeutlichen die Vielfalt, Offenheit und Dynamik unseres kulturellen Lebens. Jedes einzelne Projekt trägt auf seine Weise dazu bei, den Zugang zur Kultur zu verbessern, den Austausch zwischen den Gemeinschaften zu fördern und die Attraktivität unserer Stadt zu steigern. Aus diesen Gründen werde ich für diese Subsidien stimmen.

Folgenden Vereinigungen werden einstimmig außerordentliche Subsidien gewährt:

Hani Dance A.s.b.l. Movement Art International Dance Festival	7.500 €
Trompes de chasse Luxembourg Rendez-vous aux jardins 2026	2.500 €
Neimënster Festival Euphoria	10.000 €
LUkraine A.s.b.l. LUkraine Days – Art Under Fire	3.500 €

XII STIFTUNG J.-P. PESCATORE – MIGRATION EINES POSTENS (GUTACHTEN)

Der Beschluss der Kuratorenkommission der Stiftung Pescatore, die Migration eines unbefristeten Postens der Dienststelle „Ënnerwee“ in den technischen Dienst („magasinier/tri“) anzunehmen, wird *einstimmig positiv* begutachtet.

XIII GERICHTSANGELEGENHEITEN

Der Gemeinderat ermächtigt den Schöffenrat, in verschiedenen Angelegenheiten vor Gericht aufzutreten.

Neuordnung von Bauland

Unter dem Punkt „Urbanismus“ hat der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 1. Juni 2026 der Neuordnung mehrerer Baulandparzellen zugestimmt. Die Beschlüsse wurden per Mitteilung vom 17. Juli 2026 bekanntgegeben und können auf der Internetseite der Stadt Luxemburg (www.vdl.lu) eingesehen werden.